



Aktionsplan gegen Antisemitismus der Landeshauptstadt München



Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	6
1.1	Ziele und Maßnahmen der Konzeption des Münchner Aktionsplans gegen Antisemitismus	7
1.2	Begriffsbestimmung und Handlungsgrundlage	8
2	Perspektive der in München lebenden Juden*Jüdinnen und jüdisches Leben in München	10
2.1	Perspektiven der in München lebenden Juden*Jüdinnen	10
2.2	Jüdisches Leben in München	12
2.2.1	Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern	12
2.2.2	Liberale jüdische Gemeinde München Beth Shalom	12
2.2.3	Chabad Lubawitsch München	13
2.2.4	Europäische Janusz Korczak Akademie	14
2.2.5	Verband Jüdischer Studenten in Bayern e.V.	14
2.2.6	TSV Maccabi München	15
3	Handlungsfelder für die Prävention von Antisemitismus und Förderung der Vielfalt jüdischen Lebens – Strukturen und Ziele	16
3.1	Verwaltung	17
3.1.1	Ansprechpartnerin der Landeshauptstadt München zu Antisemitismus – Fachstelle für Demokratie	17
3.1.2	Akzente der Münchner Stadtverwaltung, der städtischen Unternehmen und der Eigenbetriebe beim Thema Antisemitismus	18
3.1.3	Die AGG-Beschwerdestelle beim Personal- und Organisationsreferat	19
3.1.4	Das Schulungsprogramm des Personal- und Organisationsreferats	19
3.2	Bildung und Jugend	20
3.2.1	Frühkindliche Bildung (Referat für Bildung und Sport-KITA)	21

3.2.2	Kinder und Jugendliche	22
3.2.2.1	Referat für Bildung und Sport (Pädagogisches Institut)	22
3.2.2.2	Stelle für politische Bildung Stadtjugendamt	23
3.2.2.3	Bildungskollektiv „Die Pastinaken“	23
3.2.2.4	Jüdisches Museum München	24
3.2.2.5	Fachstelle für Demokratie	25
3.2.3	Erwachsenenbildung	26
3.2.3.1	Münchner Volkshochschule	26
3.2.3.2	DGB Bildungswerk Bayern e.V	27
3.2.3.2	Evangelische Stadtakademie	27
3.3	Erinnerungskultur	28
3.3.1	NS-Dokumentationszentrum	28
3.3.2	Jüdisches Museum München	28
3.3.3	Kulturreferat	29
3.3.4	Kreisjugendring	30
3.4	Sicherheit und Justiz	30
3.4.1	Polizeipräsidium München	31
3.4.2	Staatsanwaltschaft	32
3.4.3	Kreisverwaltungsreferat	33
3.5	Zivilgesellschaftliche Projekte in den Bereichen Recherche, Betroffenenberatung und Mobilisierung gegen Antisemitismus	35
3.5.1	Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München	35
3.5.2	Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern	36
3.5.3	Beratungsstelle für Betroffene von Diskriminierung, Rassismus und rechter Gewalt in München	36
3.5.4	München ist bunt!	37
3.5.5	Linkes Bündnis gegen Antisemitismus	37
4	Handlungsempfehlungen	38

Einleitung

München ist eine Stadt der Vielfalt und Toleranz. Antisemitische, rassistische, extrem rechte und weitere menschen- und demokratiefeindliche Einstellungen und Taten sind jedoch gleichzeitig auch Teil der Realität in der Stadtgesellschaft. Dies wurde in der im Juli 2021 durch die Landeshauptstadt München vorgestellten, repräsentativen Studie zu vorurteilsmotivierter Kriminalität in München erneut deutlich: Rund 43% der Befragten, die 2019 Opfer einer (Straf-)Tat in München geworden sind, gehen davon aus, dass diese Tat vorurteilsmotiviert war¹.

München hat – nicht nur aufgrund seiner historischen Rolle als „Hauptstadt der Bewegung“ im Nationalsozialismus – eine besondere Verantwortung, wenn es um die Bekämpfung von Antisemitismus geht. Dabei muss gegen alle verschiedenen Facetten des Phänomens vorgegangen werden. Die Entwicklungen der letzten Jahre haben erneut aufgezeigt, dass Antisemitismus kein abgeschlossenes, historisches Ereignis ist. Die Konjunktur von Verschwörungserzählungen und das damit verbundene Aufleben antisemitischer Welt- und Feindbilder im Zuge der Corona-Pandemie oder der Anstieg jüdenfeindlicher Aussagen und Vorfälle im Kontext der Ereignisse im Nahen Osten im Mai 2021 können hierfür exemplarisch angeführt werden². 2020 registrierte das Münchner Polizeipräsidium mehr als 70 Delikte antisemitischer Hasskriminalität³. Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern) dokumentiert antisemitische Vorfälle und hat für das Jahr 2020 in München nochmals eine höhere Anzahl aufgenommen⁴.

Angesichts dieser Entwicklung ist es geboten, dass die Landeshauptstadt München ihre Aktivitäten gegen Antisemitismus strukturiert, bündelt und gezielt verstärkt. Die Fachstelle für Demokratie wurde deshalb mit dem von den Fraktionen Die Grünen/Rosa Liste und SPD/Volt eingebrachten Stadtratsantrag beauftragt, im engen Austausch mit jüdischen Gemeinden und zivilgesellschaftlichen Organisationen und Institutionen, die gegen Antisemitismus arbeiten, einen Aktionsplan gegen Antisemitismus zu konzipieren⁵.

Die Abwehr von Antisemitismus ist dabei eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe. Antisemitismus kann nicht an die vermeintlichen Ränder in der Gesellschaft externalisiert werden. Nicht nur von Antisemitismus Betroffene, sondern die gesamte Münchner Stadtbevölkerung und deren Institutionen müssen ein klares Zeichen gegen jeden Antisemitismus und für Demokratie setzen! So hieß es in einem der Gespräche mit einer in München lebenden Jüdin: „Es braucht hier eine stabile, demokratische Gesamtgesellschaft“!

1) Fröhlich, Werner (2021): Hasskriminalität in München. Vorurteilkriminalität und ihre individuellen und kollektiven Folgen.

Kurzfassung der Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts München.

URL: <https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtpolitik/Fachstelle-fuer-Demokratie/Materialien-und-Brosch-uren.html> (24.8.21).

2) Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern) (2021): „Das muss man auch mal ganz klar benennen dürfen“.

Verschwörungsdenken und Antisemitismus im Kontext von Corona.

URL: https://report-antisemitism.de/documents/RIAS_Bayern_Monitoring_Verschwoerungsdenken_und_Antisemitismus_im_Kontext_von_Corona.pdf (25.8.21).

3) Polizeipräsidium München (2021): Sicherheitsreport 2020.

URL: https://www.polizei.bayern.de/content/3/2/5/6/7/3/sicherheitsreport_2020 (26.8.21).

4) Konkret wurden zwei gezielte Sachbeschädigungen, vier Bedrohungen, 21 Massenzuschriften, 79 Fälle verletzenden Verhaltens, 30 Versammlungen und einen Fall von Diskriminierung dokumentiert. 42 Mal spielte dabei antisemitisches Othering, 42 Mal moderner Antisemitismus, 36 Mal israelbezogener Antisemitismus, 51 mal Post-Schoah-Antisemitismus und 15 mal antijudaistischer Antisemitismus eine Rolle.

Vgl. RIAS 2021: Antisemitische Vorfälle in Bayern 2020.

URL: https://www.report-antisemitism.de/documents/Antisemitische_Vorfaelle_in_Bayern_2020_Jahresbericht_RIAS_Bayern.pdf (7.9.21).

5) Stadtratsantrag der Fraktionen Die Grünen/Rosa Liste und SPD/Volt (2021): München erstellt einen Aktionsplan gegen Antisemitismus.

URL: <https://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/ANTRAG/6566914.pdf> (1.9.21).

Ziele und Maßnahmen des Münchner Aktionsplans gegen Antisemitismus

In den vorliegenden „Münchner Aktionsplan gegen Antisemitismus“ sind sowohl Initiativen und Maßnahmen der Verwaltung und Stadtgesellschaft gegen Antisemitismus eingeflossen als auch Erkenntnisse, die aus der intensiven Auseinandersetzung mit dem „Berliner Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention“⁶ resultieren. Die Landeshauptstadt München ist somit neben dem Land Berlin Vorreiterin in der Konzeption von einem Aktionsplan gegen Antisemitismus und damit auch einer strukturellen Auseinandersetzung mit dem Thema. Der Aktionsplan ist kein abgeschlossenes Konzept im Kampf gegen Antisemitismus, sondern vielmehr eine Bestandsaufnahme eines kontinuierlichen Prozesses, der weiterentwickelt werden soll. Das Konzept stellt eine Handlungsaufforderung für die gesamte Münchner Verwaltung und Zivilgesellschaft dar.

In dem vorliegenden Aktionsplan werden verschiedene Handlungsstrategien für die Prävention von Antisemitismus der Landeshauptstadt München sowie der Münchner Zivilgesellschaft dargestellt und in sogenannten Handlungsfeldern zusammengefasst. Dies soll zum einen veranschaulichen, wie die konkreten Handlungsstrategien koordiniert umgesetzt werden können. Zum anderen soll die Bündelung der Maßnahmen es ermöglichen, Handlungsbedarfe zu identifizieren.

Die Landeshauptstadt München setzt auf einen Aktionsplan gegen Antisemitismus anstelle eines Antisemitismusbeauftragten. Damit soll insbesondere drei Punkten Rechnung getragen werden:

- > Institutionen und Verwaltungseinheiten im städtischen Wirkungsbereich sollen Verantwortung übernehmen. Dadurch, dass die Institutionen aufgefordert sind, selbst zu benennen, welche Maßnahmen sie aktuell im Themenbereich Antisemitismus bereits verfolgen und welche sie evtl. künftig verfolgen werden, wächst die Auseinandersetzung mit dem Thema in diesen Einrichtungen.
- > Ein Aktionsplan befördert – anders als ein*e Beauftragte*r – nicht die Personalisierung des Themas. Damit erlaubt ein Aktionsplan, die Vielfalt jüdischer Institutionen und Einrichtungen abzubilden und einen Großteil der von ihnen artikulierten Interessen und Forderungen aufzunehmen. Die vielfältige Positionierung von Jüdinnen*Juden innerhalb einer Stadtgesellschaft wird damit befördert bzw. diesen wird Raum gegeben.
- > Zugleich wird mit der direkt dem Oberbürgermeister unterstellten Fachstelle für Demokratie eine Stelle innerhalb der Münchner Stadtverwaltung (noch einmal) explizit damit beauftragt, als Ansprechpartnerin für die jüdischen Gemeinden und Einrichtungen in der Landeshauptstadt München zur Verfügung zu stehen und den Kontakt zwischen den jüdischen Gemeinden und Einrichtungen und der Münchner Stadtverwaltung weiter zu optimieren.

6) Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung (2019): Berlin gegen jeden Antisemitismus! Berliner Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention.
URL: <https://www.berlin.de/sen/justva/presse/pressemitteilungen/2019/pressemitteilung.791667.php> (28.10. 21).

Begriffsbestimmung und grundlegende Stadtratsbeschlüsse

Der Münchner Stadtrat hat mit seinem „Antisemitismus-Beschluss“ (Beschluss vom 13.12.2017 „Gegen jeden Antisemitismus! – Keine Zusammenarbeit mit der antisemitischen BDS-Bewegung („boycott, divestment and sanctions’“)⁷) ein deutliches Zeichen gegen jeden Antisemitismus gesetzt. Dort heißt es:

„Die Landeshauptstadt München bekennt sich vorbehaltlos zu ihrer historischen Verantwortung aus der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Sie steht im Einklang mit den Grundpfeilern der deutschen Außenpolitik solidarisch zu Israel und bekennt sich uneingeschränkt zu Israels Recht auf Existenz und Selbstverteidigung. Gerade wegen ihrer besonderen Verantwortung aus ihrer Stadtgeschichte spricht die Landeshauptstadt München entschieden die schärfste Verurteilung aller Formen von offenem und verdecktem Antisemitismus und aller Formen religiöser oder politisch motivierter Gewalt und Diskriminierung sowie jeglicher Inhalte und Erscheinungsformen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aus. Jegliches Handeln der Landeshauptstadt München und ihrer städtischen Gesellschaften hat sich strikt an diesen Grundsätzen zu orientieren.“

Darüber hinaus beschloss der Münchner Stadtrat, der Empfehlung der Bundesregierung und des Europäischen Parlaments zu folgen und ihrem Verwaltungshandeln die „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA)⁸ zugrunde zu legen. Diese lautet:

*„Der Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden*Jüdinnen, die sich als Hass gegenüber Juden*Jüdinnen ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und / oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein. Oft enthalten antisemitische Äußerungen die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt negative Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.*

Aktuelle Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre können unter Berücksichtigung des Gesamtkontextes folgende Verhaltensformen einschließen, ohne auf diese beschränkt zu sein:

- > Der Aufruf zur Tötung oder Schädigung von Juden*Jüdinnen im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Religionsanschauung sowie die Beihilfe zu solchen Taten oder ihre Rechtfertigung.*
- > Falsche, entmenschlichende, dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Juden*Jüdinnen oder die Macht der Juden*Jüdinnen als Kollektiv – insbesondere die Mythen über eine jüdische Weltverschwörung oder über die Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen durch die Juden*Jüdinnen.*
- > Das Verantwortlichmachen der Juden*Jüdinnen als Volk für das (tatsächliche oder unterstellte) Fehlverhalten einzelner Juden*Jüdinnen, einzelner jüdischer Gruppen oder sogar von Nicht-Juden*Jüdinnen.*
- > Das Bestreiten der historischen Tatsache, des Ausmaßes, der Mechanismen (z.B. der Gaskammern) sowie der Vorsätzlichkeit des Völkermordes an den Juden*Jüdinnen durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Unterstützer und Komplizen während des Zweiten Weltkrieges (Holocaust).*
- > Der Vorwurf gegenüber dem jüdischen Volk oder dem Staat Israel, den Holocaust übertrieben darzustellen oder erfunden zu haben.*
- > Der Vorwurf gegenüber Juden*Jüdinnen, sie fühlten sich dem Staat Israel oder angeblich bestehenden weltweiten jüdischen Interessen stärker verpflichtet als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer.“*

Zudem sieht dieser Stadtratsbeschluss auch vor, dass die Verbreitung antisemitischer Inhalte durch die Landeshauptstadt München weder durch die Vergabe städtischer Räumlichkeiten für entsprechende Veranstaltungen noch durch Zuschüsse aus städtischen Mitteln unterstützt wird.

Ein weiterer grundlegender Beschluss in diesem Bereich ist der Stadtratsbeschluss vom 25.09.2019 („München setzt ein klares Zeichen gegen Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“)⁹ mit dem der Stadtrat festgelegt hat, dass alle ab diesem Zeitpunkt geschlossenen Zuschussbescheide bzw. -verträge der Landeshauptstadt München die Zuwendungsnehmer*innen zu diskriminierungsfreiem Handeln verpflichten. Dort heißt es:

*„Die Antragsteller*in verpflichtet sich, mit der Förderung keine rassistischen, antisemitischen (gemäß ‚Arbeitsdefinition Antisemitismus‘ siehe Stadtratsbeschluss vom 13.12.2017, Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 10165), sexistischen, LGBTQ*-feindlichen oder sonstigen menschen- und demokratiefeindlichen Inhalte darzustellen und/oder zu verbreiten. Insbesondere dürfen weder in Wort noch in Schrift die Freiheit und Würde des Menschen verächtlich gemacht werden, noch dürfen Symbole verwendet oder verbreitet werden, die für Organisationen stehen oder diese repräsentieren, welche oben genanntes Gedankengut verbreiten.“*

Zur Sicherstellung der Einhaltung dieser Verpflichtung sehen die Zuschussbescheide bzw. -verträge zudem ein außerordentliches Kündigungsrecht für den Fall vor, dass der*die Zuwendungsnehmer*in gegen diese Vorschrift verstößt.

7) Stadtratsbeschluss „Gegen jeden Antisemitismus! – Keine Zusammenarbeit mit der antisemitischen BDS-Bewegung („boycott, divestment and sanctions“), 13.12.2017.
URL: <https://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/4760943.pdf> (30.8.21).

8) International Holocaust Remembrance Alliance (2021): Arbeitsdefinition von Antisemitismus.
URL: <https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus> (23.9.21).

9) Stadtratsbeschluss „München setzt ein klares Zeichen gegen Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, 25.09.2019.
URL: <https://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/5642568.pdf> (23.9.21).

Perspektive der in München lebenden Juden*Jüdinnen und jüdisches Leben in München

Der vorliegende Aktionsplan Antisemitismus wurde in enger Absprache mit jüdischen Gemeinden, Jugend-, Sport- und Bildungseinrichtungen erarbeitet. Im Rahmen von bilateralen Austauschtreffen wurden Bedürfnisse, Wünsche und Sorgen der in München lebenden Juden*Jüdinnen aus der Perspektive der jeweiligen Vertreter*innen in Erfahrung gebracht und von diesen erläutert. Im Folgenden sollen die aus den Gesprächen zusammengefassten, zentralen Handlungsfelder und themenübergreifenden Anmerkungen skizziert werden.

2.1

Perspektiven der in München lebenden Juden*Jüdinnen

Sicherheit

In den Gesprächen wurde positiv auf bestehende Kooperationen mit Sicherheitsakteur*innen, wie dem Polizeipräsidium München oder dem Kreisverwaltungsreferat der Landeshauptstadt München, verwiesen. Konkret wurden Beratungen für die Gebäudesicherheit jüdischer Einrichtungen¹⁰ oder Sicherheitskonzepte bei Sportveranstaltungen genannt. Es wurde Bedauern über die Tatsache geäußert, dass nach wie vor eine hohe Sicherheitspräsenz vor jüdischen Einrichtungen notwendig ist.

Das individuelle Sicherheitsgefühl wurde dabei ebenfalls angesprochen. In München lebende Juden*Jüdinnen würden aus Angst vor antisemitischen Vorfällen nicht immer und überall ihre jüdische Identität, beispielsweise durch das Tragen einer Kippa oder einer Davidsternhalskette, in der Öffentlichkeit zeigen können. Auch von Bereichen in München, die als „No-go-Areas“ empfunden werden, wurde in den Gesprächen berichtet. Die Unkenntlichmachung der eigenen Identität betrifft auch den privaten Wohnraum: Mesusot¹¹ werden nicht vor der eigenen Haustür angebracht, Abonnements der Jüdischen Allgemeinen werden verdeckt geliefert.

Die Gesprächspartner*innen berichteten jedoch basierend auf Erfahrungen und Berichten aus dem jeweiligen Engagement in jüdischen Gemeinden, Sportvereinen, etc. von einem grundsätzlich positiven Sicherheitsgefühl in der Landeshauptstadt München.

Bildung

Die jüdischen Gesprächspartner*innen erklärten, dass die Vielfalt jüdischen Lebens in München in Bildungseinrichtungen thematisiert werden sollte, beispielsweise indem bereits in der Kita jüdische Feiertage behandelt oder diese als fester Bestandteil in Lehrer*innenfortbildungen verankert werden. Gleichzeitig wurde jedoch mit Nachdruck betont, dass nicht Situationen entstehen dürfen, bei denen das einzige jüdische Kind in der Klasse „mal etwas erzählen soll vom Judentum“. Zugleich könne es ebenfalls schwierig sein, wenn das Judentum von Nicht-Juden*Jüdinnen thematisiert wird. Jüdische Bildungseinrichtungen und Gemeinden thematisieren bereits u.a. die Vielfalt jüdischen Lebens in Bildungsprojekten und haben in den Gesprächen dafür plädiert, bestehende Projekte und Initiativen – von jüdischen und nicht-jüdischen Träger*innen - hierzu zu vernetzen, um Synergieeffekte zu nutzen, anstatt neue Projekte zu initiieren.

Aus den Gesprächen wurde zudem deutlich, dass antisemitische Inhalte, Aussagen und Handlungen als solche häufig nicht erkannt werden und es einer Sensibilisierung bei Kindern und Jugendlichen, wie auch bei pädagogischem Personal und weiteren Beschäftigten in städtischen Bildungseinrichtungen bedarf. Die Corona-Pandemie und der damit verbundene Anstieg von Verschwörungserzählungen und antisemitischen Stereotypen hat zudem mit Nachdruck verdeutlicht, dass die kritische Medienkompetenz bei Kindern, Jugendlichen und auch Erwachsenen verstärkt werden muss.

¹⁰ Stadtratsantrag der Fraktion die Grünen/Rosa Liste (2019): Jüdische und Muslimische Einrichtungen in München besser schützen.
URL: <https://www.gruene-fraktion-muenchen.de/juedische-und-muslimische-einrichtungen-in-muenchen-besser-schuetzen/> (19.11.21).

Wichtig war den Gesprächspartner*innen auch, immer wieder zu betonen, dass Antisemitismus nicht bagatellisiert werden darf; u.a. mieden Lehrkräfte vor allem das Thema Israel aus Sorge, Vorurteile ans Tageslicht zu befördern. Die Gesprächspartner*innen selbst hatten hingegen die Erfahrung gemacht, dass durch den Austausch zu diesem Thema Vorurteile abgebaut werden können.

In diesem Sinne wurde der Wunsch nach einem*r verwaltungsinternen Ansprechpartner*in für den schulischen Bereich geäußert.

Verwaltung - Stadtpolitik - Fortbildungen

Das konsequente Vorgehen der Münchner Stadtpolitik und der Verwaltung gegen Antisemitismus wurde positiv bewertet, exemplarisch wurde der Stadtratsbeschluss gegen Antisemitismus und eine Zusammenarbeit mit der antisemitischen BDS-Bewegung 2017 mehrmals aufgegriffen¹². Dieser betrifft u.a. Förder- und Vergaberichtlinien durch die Landeshauptstadt. Stadtratshearings¹³ oder die Konzeption des vorliegenden Aktionsplans¹⁴, mit denen der Stadtrat die Verwaltung beauftragt hat, waren den Gesprächspartner*innen auch bekannt. Das Verbot bei öffentlichen Versammlungen einen gelben „Judenstern“ zu tragen, wie im Zuge der Corona-Pandemie bei verharmlosenden, antisemitischen Demonstrationen und Kundgebungen vermehrt geschehen, wurde als notwendiger Schritt begrüßt¹⁵.

Ein aktuelles Beispiel, das in den Gesprächen besonders positiv hervorgehoben wurde, ist die neue Städtepartnerschaft der Landeshauptstadt München mit der israelischen Stadt Be'er Sheva, welche als wichtiges und starkes Zeichen gewertet wurde¹⁶.

In den Gesprächen wurde nach internen Fortbildungen für Bedienstete der Landeshauptstadt München zur Sensibilisierung für Antisemitismus und einer internen Meldemöglichkeit und -pflicht für antisemitische Vorfälle in städtischen Beschäftigungsverhältnissen gefragt. Um antisemitische, strafrechtlich relevante Vorfälle als solche überhaupt erkennen zu können, brauche es allerdings nicht nur verwaltungsinterne Fortbildungen, sondern auch eine Sensibilisierung bei den relevanten Sicherheitsbehörden. Auch Schüler*innen, pädagogisches Fachpersonal und weitere städtische Mitarbeitende in Bildungsinstitutionen bräuchten eine Sensibilisierung für v.a. aktuelle Formen von Antisemitismus und die Verbreitung antisemitischer Stereotype im digitalen Raum und in den Sozialen Medien sowie für die Vielfalt jüdischen Lebens in München.

Ein Fonds, der kulturelle, pädagogische, Dialog- und Sportprojekte, die sich aktiv gegen Antisemitismus einsetzen, fördern könnte, wurde in den Gesprächen vorgeschlagen.

Vielfalt jüdischen Lebens in der Landeshauptstadt München

Die Beschäftigung mit der Vielfalt jüdischen Lebens sowie der Sensibilisierung für Antisemitismus durch interne Fortbildungen und Weiterbildungen wurde in den Austauschgesprächen als notwendige, kontinuierliche Maßnahme für verschiedene Handlungsfelder befunden. Der Wunsch bei den in München lebenden Juden*Jüdinnen, nicht nur über Antisemitismus zu sprechen und diese damit auf Verfolgung und Diskriminierung zu reduzieren, wurde in vielen Gesprächen betont.

Vielmehr soll die Vielfalt jüdischen Lebens in München sichtbarer gemacht werden, denn wie in einem Treffen gesagt wurde, „trifft man jeden Tag auf eine*n Juden*Jüdin in München“.

Es brauche Veranstaltungen, die jüdische Lebensentwürfe in den Fokus rücken. Wichtig sind hierfür Themenbereiche wie Kunst und Kultur, jedoch braucht es auch eine Sichtbarkeit jüdischen Lebens und Wirkens im Münchner Alltag – beispielsweise durch eine Informationsbroschüre oder Kampagne, die durch die Fachstelle für Demokratie initiiert wird und in bspw. städtischen Ämtern mit viel Bürger*innenkontakt zugänglich gemacht wird. Eine Sichtbarkeit im Alltag könnte über eine Beflaggung von Gebäuden der Landeshauptstadt München an jüdischen Feiertagen verankert werden.

11) Zentralrat der Juden in Deutschland (2021): Symbole. URL: <https://www.zentralratderjuden.de/judentum/symbole/> (1.9.21).

12) Stadtratsbeschluss „Gegen jeden Antisemitismus! – Keine Zusammenarbeit mit der antisemitischen BDS-Bewegung („boycott, divestment and sanctions“), 13.12.2017. URL: <https://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/4760943.pdf> (30.8.21).

13) Stadtratsantrag der Fraktionsgemeinschaft die Grünen/Rosa Liste und SPD/Volt (2021): Hearing zum Thema Antisemitismus.

URL: <https://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/ANTRAG/6676599.pdf> (1.9.21).

Stadtratsantrag der Fraktion die Grünen/Rosa Liste (2019): Jüdische und Muslimische Einrichtungen in München besser schützen.

URL: <https://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/ANTRAG/5703200.pdf> (1.9.21).

14) Stadtratsantrag der Fraktionsgemeinschaft Die Grünen/Rosa Liste und SPD/Volt (2021): München erstellt einen Aktionsplan gegen Antisemitismus.

URL: <https://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/ANTRAG/6566914.pdf> (1.9.21).

15) Süddeutsche Zeitung (2020): München verbietet Tragen von gelben Sternen auf Demonstrationen.

URL: <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/coronavirus-muenchen-demonstrationen-gelber-stern-1.4923073> (1.9.21).

16) Presse-Service der Landeshauptstadt München (2021): Be'er Sheva in Israel ist neue Münchner Partnerstadt, Pressemitteilung vom 21.7.2021.

URL: <https://www.muenchen.de/rathaus/Stadinfos/Presse-Service/Presse-Archiv/2021/Be-er-Sheva-in-Israel-ist-neue-M-nchner-Partnerstadt.html>(23.9.21).

Jüdisches Leben in München

In der Landeshauptstadt München gibt es eine Vielfalt und Vielzahl an starken jüdischen Stimmen. An dieser Stelle sollen wesentliche jüdische Gemeinden und Einrichtungen mit einer kurzen Selbst- und Aufgabenbeschreibung zu Wort kommen. Die Aufzählung erhebt dabei nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.

2.2.1

Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern

<https://www.ikg-m.de/>

Die Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern ist ein Landesverband unter dem Dach des Zentralrats der Juden in Deutschland, dessen Gebiet die Stadt München und den umliegenden Regierungsbezirk Oberbayern umfasst. Gegründet 1815, stieg die Mitgliederzahl der IKG im Laufe des 19. Jahrhunderts durch das Wachstum Münchens stetig an. 1887 konnte die Alte Hauptsynagoge eingeweiht werden, die das NS-Regime im Juni 1938 abbrechen ließ. Eine weitere Synagoge wurde im Novemberpogrom zerstört, eine dritte blieb erhalten und fungierte ab 1947 bis zur Einweihung des Jüdischen Zentrums Jakobsplatz als Hauptsynagoge.

Die Israelitische Kultusgemeinde hat heute knapp 9500 Mitglieder und zählt damit zu den wenigen großen jüdischen Gemeinden in Deutschland, die wieder annähernd ihre Vorkriegsgröße erreicht haben. Sie bietet ihren Mitgliedern von der Wiege bis zur Bahre alles, was für ein religiöses jüdisches Leben benötigt wird: Neben den Kultuseinrichtungen wie mehreren Synagogen gehören dazu unter anderem auch ein koscheres Gemeinderestaurant sowie zwei Friedhöfe, von denen einer noch in Betrieb ist. Die IKG betreibt weiter je eine Grundschule und ein Gymnasium sowie mehrere Kindertageseinrichtungen sowie ein Jugendzentrum. Eine Sozial- und Integrationsabteilung bieten den Mitgliedern Unterstützung im sozialen Bereich, eine Erziehungsberatungsstelle richtet sich speziell an Eltern. Das Kulturzentrum richtet sich mit einem vielfältigen Programm ausdrücklich auch an die nichtjüdische Öffentlichkeit.

Alle diese Einrichtungen machen eine umfangreiche Sicherheitsinfrastruktur nötig, die teils durch eine eigene Sicherheitsabteilung, teils in enger Abstimmung mit der örtlichen Polizei aufrechterhalten wird. Als jüdischer Raum in der Mitte Münchens ist es erklärtes Ziel der IKG, ihre Mitglieder sowohl physisch vor Ort als auch, soweit möglich, politisch und gesellschaftlich vor dem wachsendem Juden Hass zu schützen.

2.2.2

Libérale jüdische Gemeinde München Beth Shalom

<https://beth-shalom.de/>

Die Liberale jüdische Gemeinde München Beth Shalom e.V. wurde im September 1995 mit 90 Mitgliedern gegründet um liberalen Juden*Jüdinnen in München wieder ein eigenes Zuhause zu bieten. Seitdem ist die Gemeinde auf über 600 Mitglieder aus 18 Ländern angewachsen.

Das liberale Judentum ist von der Erkenntnis geprägt, dass Gottes Offenbarung kein einmaliger Vorgang, sondern ein fortschreitender („progressiver“) Prozess ist. Es verlangt von jeder*m Einzelnen, ihr*sein jüdisches Leben auf der Basis religiöser Bildung eigenverantwortlich zu gestalten.

Ein Vorstand mit sieben Vertreter*innen leitet die Gemeinde. Seit 2007 hat Beth Shalom einen Rabbiner in Festanstellung und seit 2014 einen Kantor. Beth Shalom bietet neben dem religiösen Schwerpunkt Kinder und Jugendarbeit, Lerngruppen, Bildung und Kultur, sowie Seelsorge, Krankenbesuche und Hilfe im Trauerfall an. Auf einem eigenen Grabfeld am Münchner Waldfriedhof können jüdische Gemeindemitglieder ihre letzte Ruhestätte finden.

Beth Shalom hat sich zu einem bekannten und stabilen jüdischen Akteur und Ansprechpartner der Münchner Stadtgesellschaft entwickelt. Heute sind interkulturelle und interreligiöse Bildungs- und Zusammenarbeit, wie Synagogenführungen und kulturelle Veranstaltungen, feste Angebote an die nichtjüdische Öffentlichkeit. Im Oktober 2021 erhielt Beth Shalom den Integrationspreis der bayerischen Staatsregierung für diese Aufklärungs- und Bildungsarbeit.

2.2.3

Chabad Lubawitsch München

<https://www.chabadmunch.de/>

Chabad Lubawitsch ist eine jüdische Organisation, die mit sozialen, religiösen und erzieherischen Programmen und Dienstleistungen seit 32 Jahren in München und inzwischen auch in 17 weiteren deutschen Städten tätig ist. Sie arbeitet gemäß der Philosophie des berühmten und inspirierenden Rabbiners Menachem M. Schneerson (18.04.1902 – 12.06.1994).

Zu den zentralen Handlungsfeldern Soziales, Religion und Bildung gehören z.B. folgende Aktivitäten:

- > Sommer Day Camp für Kinder bedürftiger Familien als Unterstützung
- > Vorträge über jüdische Themen für Jugendliche und Erwachsene
- > Eheberatung
- > Krankenhaus- und Gefängnisbesuche
- > Moralische und finanzielle Unterstützung für Bedürftige
- > Seelsorge
- > Jährliches öffentliches Chanukka-Zünden
- > Unterricht über jüdische Feiertage und Geschichte für Kindergarten- und Schulkinder sowie Erwachsene
- > Jüdischer Kalender
- > Bibliothek

Die Aktivitäten von Chabad Lubawitsch werden in München von drei Rabbinern und ihren Ehefrauen mit großem Engagement und Tatendrang ausgeführt und stetig erweitert. Sie folgen dabei mit Freundlichkeit und Mitgefühl dem Leitgedanken: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ und setzen so die 250 Jahre alte Tradition von Chabad Lubawitsch fort.

<https://www.ejka.org/>

Die Europäische Janusz Korczak Akademie (EJKA) wurde im Jahr 2009 in der bayerischen Landeshauptstadt München gegründet und steht als einzige, bayernweit agierende jüdische Bildungseinrichtung der breiten Gesellschaft offen. Authentisch und aus jüdischer Perspektive vermittelt die Akademie ihr Wissen im Austausch mit der Mehrheitsgesellschaft, um die jüdische Gemeinde in der Gesellschaft zu stärken und jeglicher Form von Antisemitismus und Diskriminierung entgegenzuwirken. Um ihre Ziele zu erreichen, werden bei der EJKA partizipative Begegnungsprojekte realisiert, an denen jüdische und nicht-jüdische Jugendliche und Erwachsene verschiedenster Herkunft teilnehmen können.

So werden beispielsweise im Projekt „YouthBridge München“ Jugendliche aus verschiedenen Herkunfts-Communities im Rahmen eines Leadership-Trainings u.a. in der Arbeit gegen Antisemitismus sensibilisiert und geschult.

Auch verschiedene Fort- und Weiterbildungsprogramme werden von der Akademie seit Jahren erfolgreich durchgeführt. Hierzu gehört beispielsweise die Fortbildungsreihe „Empowering Jewish Voices – media strategies against anti-Semitism“. Die EJKA bildet hierbei jüdische Jugendliche zu Fachreferent*innen aus, um antisemitische Narrative zu erkennen und benennen zu können.

Ebenso ist es der Akademie ein großes Anliegen, zu veranschaulichen, wie stark jüdisches Leben in Bayern verankert ist. Deswegen betreibt die Europäische Janusz Korczak Akademie weitreichende, künstlerische und mediale Aufklärungsarbeit durch Projekte wie „Mit Davidstern & Lederhose: Jüdische G'schichtn on Tour“. Im Rahmen einer interaktiven Wanderausstellung werden dabei bayerisch-jüdische Menschen und ihr Leben von früher und heute vorgestellt, um den Besucher*innen der Ausstellung die jüdisch-bayerische Geschichte näher zu bringen. Um diese und viele weitere Projekte erfolgreich umsetzen zu können, kann die Akademie auf die Unterstützung verschiedenster Kooperationspartner zählen. In München gehören dazu u.a.:

- > die IKG München und Oberbayern sowie die liberale jüdische Gemeinde Beth Shalom, aber auch verschiedene jüdische Jugendgruppen und israelische Organisationen.
- > verschiedene muslimische und christliche Bildungsorganisationen im Rahmen interkultureller (Jugend-)Arbeit sowie zahlreiche Partner im Wertebündnis Bayern, bei dem die Akademie selbst Mitglied ist, und Jugendorganisationen wie unser Partner KJR München.
- > verschiedene Münchner Bildungseinrichtungen (Schulen, Hochschulen, politische Stiftungen).

<https://vjsb.de/>

Der Verband Jüdischer Studenten in Bayern (VJSB) ist eine Vereinigung für jüdische Studierende und junge Erwachsene aus ganz Bayern. Er besteht seit 1947 und umfasst etwa ein Tausend aktive Mitglieder im Alter 18-35. Der Verbandssitz befindet sich in München. Der VJSB versteht sich als Interessenvertretung für junge jüdische Erwachsene in Bayern.

Die primäre Aufgabe des Verbands ist es, junges jüdisches Leben in bayerischen Gemeinden mitzugestalten, eine Plattform zur landesweiten Vernetzung zu bieten und den jungen jüdischen politischen Aktivismus zu stärken.

Die Aufgaben des Verbandes sind vielfältig und passen sich den aktuellen politischen Gegebenheiten und den Bedürfnissen der Mitglieder an. Ihren Hauptmerk legt der Verband auf:

- > Förderung des kulturellen und religiösen Zusammenlebens durch Veranstaltungen mit thematischem und personellem Bezug zum Judentum
- > Organisation und Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen mit kulturellem, politischem und religiösem Hintergrund, insbesondere anlässlich jüdischer Feiertage
- > Förderung der Kommunikation durch Informationsaustausch zwischen den Verbandsmitgliedern und anderen jüdischen sowie nichtjüdischen Personen und Institutionen auf lokaler und nationaler Ebene
- > Ideelle Unterstützung des Staates Israel in dessen Funktion als nationales und kulturelles Zentrum des jüdischen Volkes
- > Förderung der Völkerverständigung
- > Aktives politisches Engagement gegen Antisemitismus in Form von Kundgebungen, Informationsveranstaltungen, Vorträgen und Diskussionen

<https://maccabimuenchen.de/>

Der TSV Maccabi München e.V. wurde im Jahre 1965 von Überlebenden der Shoah mit dem erklärten Ziel gegründet, jüdischen Menschen in München und Umgebung wieder ein sportliches Zuhause zu geben. Seit jeher versteht sich der Verein überkonfessionell und ist eine aktive Begegnungsstätte für alle Sportler*innen, unabhängig von Sprache, Alter, Religion oder Herkunft.

Unser alljährliches Kurt-Landauer Turnier, welches an den visionären jüdischen Ehrenpräsidenten des FC Bayern München erinnert, ist in der Münchner Jugend-Fußballszene zu einem festen Bestandteil geworden und unterstreicht exemplarisch die zentralen Werte des TSV Maccabi München: Fairness, Miteinander, Integration sowie der Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus.

Heute zählt der Verein knapp 1000 Mitglieder aus 20 Nationen, mit ca. 400 Kindern und Jugendlichen im Alter von 4 bis 17 Jahre. Der TSV Maccabi München e.V. ist im Dachverband Makkabi Deutschland organisiert, welcher wiederum Mitglied der Maccabi World Union ist, die mittlerweile auf eine 100-jährige Geschichte zurückblickt.

Zu den Abteilungen des Münchner Ortsvereins zählen:

- > Fußball
- > Tennis
- > Tischtennis
- > Basketball
- > Volleyball
- > Karate
- > Sportschießen
- > Gymnastik, Ballett und Hip/Hop
- > Kreativer Kindertanz
- > Israelischer Tanz
- > PFS Kampfsport

Neben den sportlichen Aktivitäten bietet der TSV Maccabi München e.V. auch für viele Menschen eine kulturelle und soziale Heimat. Die weitläufige vereinseigene Sportanlage in der Riemer Straße sowie das Vereinslokal „Eclipse Grillbar“ laden zum Verweilen, Spielen und Unterhalten ein. Viele Events, wie das alljährliche Sommerfest am 1.Mai, Socca5 Turniere, Bildungsreisen sowie Gedenkveranstaltungen runden das Angebot des Vereins ab.

Handlungsfelder für die Prävention von Antisemitismus und Förderung der Vielfalt jüdischen Lebens – Strukturen und Ziele

Im Rahmen eines strukturierten Prozesses wurden von der Fachstelle für Demokratie in den Jahren 2020 und 2021 zahlreiche Gespräche und schriftliche Abfragen bei den hier mitwirkenden Gemeinden, Organisationen und Verwaltungseinheiten durchgeführt. Die Tätigkeits- und Handlungsbeschreibungen der gelisteten Akteur*innen wurden von den jeweiligen Ansprechpartner*innen selbst verfasst. Auf eine Systematisierung zwischen städtischen Einrichtungen, Landeseinrichtungen, von der Landeshauptstadt München und/oder Land geförderten Akteur*innen sowie unabhängigen Institutionen wird in dem vorliegenden Aktionsplan verzichtet. Von der Fachstelle für Demokratie wurden alle in dem gemeinsamen Wirkungsfeld der Landeshauptstadt München tätigen Träger*innen, die sich gegen Antisemitismus engagieren für einen Beitrag zu diesem Aktionsplan angefragt. Ausschlaggebend für die Aufnahme in diesen Aktionsplan ist damit die eigene Aktivität für die Prävention von Antisemitismus in der Landeshauptstadt München. Die Fachstelle für Demokratie hat die eingegangenen Textbausteine anschließend redigiert und strukturiert. Aus der Vielzahl der Rückmeldungen und aufgrund der durch die jüdischen Gemeinden und Einrichtungen genannten Prioritäten wurden durch die Fachstelle für Demokratie Handlungsfelder identifiziert. Diese sind im Folgenden dargestellt.

Ziel dieser Darstellung ist es

- a) den interessierten Leser*innen eine Gesamtschau der vorhandenen Aktivitäten zu vermitteln und
- b) den im jeweiligen Handlungsfeld selbst aktiven Akteur*innen zu ermöglichen, sich gegenseitig noch intensiver als potentielle Partner*innen wahrzunehmen und so die eigene Arbeit gegen Antisemitismus zu optimieren.

Verwaltung

<https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtpolitik/Fachstelle-fuer-Demokratie.html>

Die Fachstelle für Demokratie dient den jüdischen Gemeinden, Organisationen und Einzelpersonen als Ansprechpartnerin für Anliegen, die die Stadtverwaltung betreffen. Die Fachstelle ist für die fachliche Außenkommunikation zum Thema Antisemitismus der Landeshauptstadt München zuständig, der Oberbürgermeister hat die repräsentative und gesellschaftspolitische Außenvertretung beim Thema inne. Zudem koordiniert die Fachstelle für Demokratie das städtische Verwaltungshandeln zum Thema und befördert die fachliche Auseinandersetzung der Verwaltung mit neuen und alten Formen des Antisemitismus.

Zentrale Ansprechpartnerin zum Thema Antisemitismus für jüdische Gemeinden, Einrichtungen und Einzelpersonen bei der Landeshauptstadt München

Die Fachstelle für Demokratie ist die zentrale Ansprechpartnerin für jüdische Gemeinden, Organisationen und Einzelpersonen zum Thema Antisemitismus in der Landeshauptstadt München. Dabei versteht sich die Fachstelle als zuverlässige, kompetente und parteiische Partnerin der jüdischen Gemeinden, Organisationen und Einzelpersonen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Koordinierungs- und Kommunikationsfunktion der Fachstelle zwischen jüdischen Gemeinden und Interessenvertretungen einerseits und den verschiedenen Verwaltungsbereichen der Landeshauptstadt München andererseits zu. Da die Fachstelle für Demokratie direkt dem Oberbürgermeister unterstellt ist, ist diese in der Lage, Anliegen sehr schnell und unbürokratisch – und falls erforderlich mit angemessenem Nachdruck – an die jeweils zuständigen Kolleg*innen in der Verwaltung zu übermitteln.

Auch zu Institutionen, die außerhalb der Landeshauptstadt München angesiedelt sind, hat die Fachstelle für Demokratie in der Vergangenheit immer wieder schnell ertragreiche Kontakte zum Thema Antisemitismus hergestellt.

So fungiert die Fachstelle bspw. als Kommunikationsschnittstelle zwischen der Zivilgesellschaft, dem Versammlungsbüro beim Kreisverwaltungsreferat und dem Polizeipräsidium München und gewährleistet damit eine schnelle Informationsweitergabe – insbesondere von Beobachtungen und Erfahrungen der Zivilgesellschaft an die Sicherheitsbehörden. Auf diese Weise wird das gesamte, für behördliche Entscheidungen zur Verfügung stehende Spektrum an Informationen vergrößert. Dies ist vor allem im Hinblick auf Versammlungen von Bedeutung. So konnten die Versammlungsbehörden beispielsweise im Kontext der Versammlungen von sog. Pandemie-Leugner*innen bzw. -Verharmloser*innen immer wieder schnell und effizient auf aktuelle Entwicklungen reagieren.

Fachliche Beratung und Koordination des Verwaltungshandelns zum Thema Antisemitismus und bei der Umsetzung grundlegender Stadtratsbeschlüsse

Die grundlegenden Stadtratsbeschlüsse zum Thema Antisemitismus müssen in das Verwaltungshandeln integriert und dort vollzogen werden. Dabei gibt es neben rechtlichen auch immer wieder fachliche Rückfragen und Unterstützungsbedarfe. So ergibt sich immer wieder die Frage, ob in bestimmten Situationen bereits ein antisemitischer Sachverhalt im Sinne der Arbeitsdefinition Antisemitismus vorliegt.

Die Fachstelle berät in enger Rücksprache mit zivilgesellschaftlichen Rechercheakteur*innen wie der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München oder der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus die Verwaltung fachlich bei der Bewertung und Einordnung von Gruppierungen, Vereinen, Akteur*innen und Veranstaltungen, z.B. hinsichtlich der Frage, ob diese die Linie zwischen einer legitimen, konkreten Kritik an der Politik der jeweiligen israelischen Regierung und der Propagierung antisemitischer Ressentiments überschreiten.

Bereitstellung fachlicher Expertise für Politik und Verwaltung

Die Arbeit der Fachstelle für Demokratie zum Thema Antisemitismus basiert auf aktuellen wissenschaftlichen Grundlagen. Die bundesweit hierzu vorliegenden, wissenschaftlichen Erkenntnisse werden stets aktuell und passgenau aufbereitet. Dazu steht die Fachstelle für Demokratie in engem, fachlich-wissenschaftlichem Austausch mit den bundesweit führenden Wissenschaftler*innen, Forschungsinstituten und zivilgesellschaftlichen Träger*innen im Themenfeld.

Auch aus den durch die Fachstelle für Demokratie im Auftrag des Münchner Stadtrats seit 2016 in Auftrag gegebenen wissenschaftlichen Studien – zum Beispiel die Studien zur Einstellungsforschung („Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München“), zum Thema Hasskriminalität („Vorurteilkriminalität in München“) oder künftig im Bereich des München-Monitors – werden die maßgeblichen Erkenntnisse zum Thema Antisemitismus extrahiert, aufbereitet und anschließend, beispielsweise im Rahmen von Fortbildungsmaßnahmen, weitergegeben.

Bislang gibt es allerdings keine spezifische Studie zum Antisemitismus in München, die auch die Betroffenenperspektive berücksichtigt. Sinnvoll könnte es daher sein, in den kommenden Jahren eine spezifische Studie zu Antisemitismus und jüdischem Leben in München aufzulegen. Zudem sollte geklärt werden, inwieweit bereits vorhandene, stadtweite Befragungstools (z.B. Bevölkerungsbefragung, Schulklimabefragung, Elternbefragung) genutzt werden können, um punktuell vertiefte Erkenntnisse zum Thema Antisemitismus in den jeweiligen Arbeitsfeldern zu erlangen.

Aus- und Fortbildungen Stadtverwaltung

Seit 2017 führt die Fachstelle für Demokratie verwaltungsinterne Fortbildungen durch, die dazu beitragen sollen, ein entschiedenes Eintreten der Beschäftigten der Landeshauptstadt München gegen Antisemitismus und andere Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zu fördern. Inhaltlicher Schwerpunkt ist das Erkennen und die Reaktion auf verschiedene Formen von Diskriminierung, v.a. Rassismus. Zukünftig soll der Fokus zudem auf Antisemitismus gelegt werden. Dieses Fortbildungsangebot richtet sich an alle Beschäftigte der Landeshauptstadt München – aus allen Referaten und auf allen Hierarchieebenen.

Neben diesen regulären Fortbildungen für die Beschäftigten der Landeshauptstadt München führt die Fachstelle für Demokratie auch dienststellenbezogene Maßnahmen durch, also Fortbildungen für eine Abteilung, zugeschnitten auf deren besondere Bedürfnisse. Spezielle Fortbildungen zum Thema Antisemitismus durch die Fachstelle für Demokratie fanden unter anderem im Jüdischen Museum München, im Gasteig und in der Olympiapark München GmbH (OMG) statt. Bei diesen speziell auf das Thema Antisemitismus ausgerichteten Fortbildungen liegen die inhaltlichen Schwerpunkte auch immer auf antisemitischen Aussagen und Verschwörungserzählungen sowie auf israelbezogenem Antisemitismus und auch dem Umgang mit der antisemitischen BDS-Kampagne.

Die mit der Corona-Pandemie verbundenen – zumeist explizit oder implizit antisemitischen – Verschwörungserzählungen wurden in den vergangenen Jahren in weiten Teilen der Bevölkerung rezipiert. Die Beschäftigten der Landeshauptstadt München äußerten daher sehr häufig den Bedarf, sich mit diesen Aspekten kritisch auseinanderzusetzen. Daher hat die Fachstelle für Demokratie gemeinsam mit dem Stadtjugendamt neben den regulären Fortbildungen zusätzlich ihr Angebot bedarfsspezifisch erweitert und Vorträge zu diesem Themenkomplex für verschiedene Verwaltungsbereiche entwickelt und durchgeführt.

3.1.2

Akzente der Münchner Stadtverwaltung, der städtischen Unternehmen und der Eigenbetriebe beim Thema Antisemitismus

Die Verwaltung der Landeshauptstadt München ist bei der Prävention von Antisemitismus und der Förderung jüdischen Lebens in der Stadtgesellschaft aktiv. So meldeten in einer stadtweiten Abfrage sämtliche Referate, Beteiligungsgesellschaften und Eigenbetriebe (im Folgenden kurz: Verwaltungseinheiten), dass die IHRA-Definition als Grundlage des städtischen Verwaltungshandelns beim Thema Antisemitismus bekannt ist und angewendet wird.

Zudem meldeten zahlreiche Referate zurück, dass auch die Klauseln, die eine Zuschussvergabe und eine Raumvermietung im Sinne des BDS-Beschlusses unterbinden sollen, Anwendung finden, so u.a. das Sozialreferat, das Kulturreferat, das Referat für Bildung und Sport, das Referat für Arbeit und Wirtschaft, das Baureferat und der Migrationsbeirat. Andere Verwaltungseinheiten wie beispielsweise die Stadtentwässerung München erklärten, dass sie die Beschlusslage kennen, aber weder als Vermieterin noch als Zuschussgeberin tätig sind. Die zugrundeliegenden Beschlussvorlagen wurden vom Direktorium federführend bearbeitet und in der Umsetzung – durch die dort angesiedelte Rechtsabteilung, D-ZV und fachlich durch die Fachstelle für Demokratie – stadtweit betreut.

Zahlreiche Verwaltungseinheiten erläuterten, dass sie ihre Mitarbeiter*innen zum Thema Antisemitismus – häufiger jedoch zum interkulturellen bzw. interreligiösen Dialog – fortbilden. Hier könnten die spezifisch auf die aktuellen Erscheinungsformen von Antisemitismus bezogenen Fortbildungen der Fachstelle für Demokratie noch intensiver genutzt werden.

Einzelne Rückmeldungen aus der Verwaltung zeigten auch, dass Aufrufe an die Münchner Stadtgesellschaft, sich gegen Antisemitismus zu wenden (in diesem Fall von „München ist bunt“, siehe Kapitel 3.5.4), auch in den jeweiligen städtischen Arbeitskontexten breit diskutiert wurden und Unterstützung fanden, so unter anderem bei den Stadtwerken München.

Auch der Umgang mit nationalsozialistischer Symbolik und Graffiti mit offenem oder verdecktem Antisemitismus war in den Rückmeldungen aus der Verwaltung Thema. Hier verdeutlichten unter anderem das Baureferat und die städtische Wohnungsgesellschaft GEWOFAG, dass eine Null-Toleranz-Linie gefahren wird und eine unverzügliche Entfernung derartiger Symbole / Graffiti erfolgt.

Einzelne Bereiche der Verwaltung versuchen, innerhalb des eigenen Wirkungskreises eine Erinnerungskultur an die Nationalsozialistischen Verbrechen zu leben. So eröffneten die SWM Ende 2019 eine neue Zufahrtstraße zur Stadtwerkszentrale, die nach der Chemikerin und Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus, Mirjam David, benannt ist. In diesem Zusammenhang wurde über ihr Leben und Wirken sowohl bei der Eröffnungsfeier als auch im SWM-Intranet berichtet. Auch die Stadtkämmerei beschreitet diesen Weg, indem sie beispielsweise im März 2019 den Historiker Dr. Rabe zu einem Vortrag ins Rathaus einlud, um den ehrenamtlichen Stadträt*innen einen Einblick in die NS-Zeit in Verbindung mit dem Thema „Haushalt und Finanzen“ zu geben.

3.1.3

Die AGG-Beschwerdestelle beim Personal- und Organisationsreferat

<http://www.muenchen.de/dienstleistungsfinder/muenchen/10295466/>

Die AGG-Beschwerdestelle beim Personal- und Organisationsreferat ist zuständig, Beschwerden von Beschäftigten wegen Benachteiligung oder Belästigung im Zusammenhang mit der Religion – auch des jüdischen Glaubens – aufzuklären und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Verstöße abzustellen. Beschwerden im Zusammenhang mit Antisemitismus waren bei der AGG-Beschwerdestelle bislang sehr selten. Das Thema hat die AGG-Beschwerdestelle aber immer im Blick. Zudem besteht ein enger Austausch zwischen der AGG-Beschwerdestelle und der Fachstelle für Demokratie auch beim Case-Management.

3.1.4

Das Schulungsprogramm des Personal- und Organisationsreferats für die städtischen Bediensteten

Das Personal- und Organisationsreferat bietet Fortbildungen an, die das Thema Antisemitismus teilweise berühren. Dazu gehören:

- > Im Rahmen der AGG-Schulungen wird das Thema Antisemitismus im Zusammenhang mit Diskriminierung aufgrund der (vermuteten) Religion angesprochen und die Teilnehmer*innen sensibilisiert. Hierdurch wird ein präventiver Beitrag zur Vermeidung von Antisemitismus im Arbeitsalltag geleistet.
- > Bislang wurden allen von Personal- und Organisationsreferat - P 6.1 Ausbildung betreuten Nachwuchskräften im Rahmen der Schulungsreihe „Vielfalt schlägt Einfach“ Inhalte zum Thema Antisemitismus vermittelt. Zum Jahresbeginn 2020 wurde eine Neukonzeption und grundsätzliche Überarbeitung des Konzeptes unter dem Arbeitstitel „Vielfalt begegnen“ angestoßen, die weiterhin Inhalte zum Antisemitismus umfasst.
- > Weiter finden Seminare für Azubis mit dem Titel „Wir und die Anderen. Wie Antisemitismus und Rassismus gesellschaftsfähig werden“ sowie für Studierende mit dem Titel „Verwaltung und Verantwortung“ statt.
- > Außerdem findet seit vielen Jahren der Workshop „Die neuen alten Nazis“ für alle Nachwuchskräfte statt. Auch hier wird nach Bedarf und Aktualität auf Antisemitismus eingegangen.

Bildung und Jugend

Bildungseinrichtungen haben den pädagogischen Auftrag, Kindern und Jugendlichen Fähigkeiten und Kenntnisse zu Mündigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Reflexionsfähigkeit, Weltoffenheit und Toleranz zu vermitteln. Der Bereich „Bildung und Jugend“ ist deshalb ein grundlegendes und umfangreiches Handlungsfeld für die Prävention von Antisemitismus. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Landeshauptstadt München, die hier über eine umfassende Infrastruktur verfügt, wohingegen der Handlungsspielraum in anderen Themenfeldern, bspw. Sicherheit, stark begrenzt sind. Dieser umfasst die frühkindliche Bildung, Schule, außerschulische Bildungsarbeit und die Erwachsenenbildung.

Zielgruppe der Prävention von Antisemitismus sind zum einen Kinder und Jugendliche in den verschiedenen Bildungseinrichtungen. Dabei liegt der Fokus auf der Kritik antisemitischer Äußerungen und nicht darauf, Schüler*innen „als Person zu bewerten“¹⁷. Zum anderen geht es darum, die professionelle Rolle pädagogischen Fachpersonals, wie Erzieher*innen, Lehrkräfte und Trainer*innen in der Politischen Bildungsarbeit sowie weiterer städtischer Bediensteter in den Bildungseinrichtungen der Landeshauptstadt München zu betonen und diese für verschiedene Formen von Antisemitismus zu sensibilisieren.

Antisemitismus ist nicht nur eine Aufgabe der historischen Bildung und durch die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus genügend thematisiert. Notwendig ist vielmehr die Auseinandersetzung mit allen, auch aktuellen Formen von Antisemitismus. Kenntnisse über die Vielfalt jüdischen Lebens und dessen Normalisierung im Alltag ist ebenso notwendig, um die verengte Perspektive auf Juden*Jüdinnen in der Opferrolle der Shoa zu erweitern. Dies trägt zudem dazu bei, Vorurteile abzubauen². Die Erfahrungen der von Antisemitismus betroffenen Schüler*innen müssen hierfür ebenfalls eingebunden werden.

„Schulen sind – als Spiegel der Gesellschaft – mit antisemitischen Äußerungen und Einstellungen konfrontiert, die ein Klima der Einschüchterung und Gewalt schaffen. Dies gilt unabhängig von der Präsenz von Jüdinnen und Juden“¹⁸, stellt die 2021 veröffentlichte, gemeinsame Empfehlung des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und der Kultusministerkonferenz zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule fest. Der Kampf gegen Antisemitismus beginnt mit der Prävention in den Bildungseinrichtungen und ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe für ein demokratisches Miteinander. Er ist nicht Aufgabe der von Antisemitismus Betroffenen.

17) Bernstein, Julia (2020): Antisemitismus an Schulen in Deutschland. Befunde – Analysen – Handlungsoptionen. Weinheim Basel: Bentz Juventa. S. 404.

18) Gemeinsame Empfehlung des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und der Kultusministerkonferenz zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule (2021).

URL: https://www.kmk.org/fileadmin/pdf/PresseUndAktuelles/2021/2021_06_10-Gem-Empfehlung-Antisemitismus.pdf (6.9.21).

Frühkindliche Bildung

Referat für Bildung und Sport (RBS)-KITA

<https://www.muenchen.de/rathaus/Serviceangebote/familie/kinderbetreuung/kindertageseinrichtungen.html>

Der Geschäftsbereich KITA möchte als Teil der kommunalen Verwaltung dazu beitragen, dass alle Kinder in der Kita von Anfang an die breite Vielfalt an Lebensweisen kennen und wertschätzen lernen und diese als selbstverständlich erfahren. Alle Angebote und Maßnahmen im Geschäftsbereich KITA gegen Antisemitismus finden im Kontext der Strategien zur Antidiskriminierung statt. Eine Prävention kann sich aus der Sicht des Geschäftsbereichs KITA nicht ausschließlich auf Antisemitismus beziehen, sondern muss auch weitere Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, wie Homo- und Trans*-Feindlichkeit oder (antimuslimischen, antiasiatischen, anti-Schwarzen etc.) Rassismus aufgreifen. Die Auseinandersetzung im Geschäftsbereich KITA soll dabei im Kernbereich und in den Kindertageseinrichtungen (alle Mitarbeiter*innen in den Kitas, Eltern, Kinder) stattfinden.

Den Mitarbeiter*innen in den Kitas selbst bietet das Referat für Bildung und Sport (RBS), Geschäftsbereich KITA über die Angebote der Abteilung Fachberatung und Fachplanung kontinuierliche und prozessbegleitende Unterstützung zum Thema „Vielfalt“ an. Dies umfasst z.B. Beratung durch Fachberater*innen, Durchführung von Klausurtagen, das Angebot einer Präsenzbibliothek mit vielen Kinderbüchern und Fachbüchern zum Thema Vielfalt und unterschiedliche Lebensweisen. Dabei findet sich immer auch das Thema Antisemitismus in den verschiedenen Angeboten.

(Anti-)Diskriminierung wurde auch als Schwerpunktthema im „InfoBrief“ der Abteilung Fachberatung und Fachplanung unter verschiedenen Aspekten behandelt. Für die pädagogische Arbeit in den Kitas werden aktuell sogenannte Stadtteilkoffer erstellt. Auch hierbei wird ein besonderes Augenmerk auf das Thema Vielfalt gelegt und das Thema „Jüdisches Leben in München“ integriert. Ein stadtteilbezogenes Angebot erfolgt zudem über die sehr enge Kooperation mit den Münchner Stadtbibliotheken. Hier werden für die städtischen Kitas, je nach pädagogischem Bedarf und Auftrag, entsprechende Pakete zusammengestellt, die von den Kitas dann für die praktische Arbeit genutzt werden können. Diese bewährte Kooperation fördert zudem die Bildungsarbeit im Bereich Literacy mit den Familien im Stadtteil und deren niederschweligen Zugang zu Bibliotheken vor Ort. Auch dabei finden Themen wie „Jüdisches Leben“ und die Wertschätzung unterschiedlicher Religionen und Lebensweisen Eingang bei der Auswahl der Bücher.

Als konkrete Maßnahme wird zudem ein Antidiskriminierungstraining für die Mitarbeiter*innen in den Kitas angeboten. Dies soll zur (Selbst-)Reflexion anregen und Handlungsorientierung für die praktische Arbeit in der Kita und im Umgang mit Personal und Eltern bieten. Das Training basiert auf dem Training „Den Menschen im Blick“ der LMU München und kann für die jeweiligen Kita-Teams bedarfsorientiert zusammengestellt werden. Aktuelle Entwicklungen zu Antisemitismus und mögliche Handlungsoptionen werden in dem Training behandelt.

Im Oktober 2021 startet zudem die Fachvortragsreihe „Demokratie leben – Diskriminierung und Vorurteile (k)ein Thema in der Kita“, die hinsichtlich Diskriminierungen und Vorurteilen in Kindertageseinrichtungen sensibilisieren soll. Unterschiedliche Formen von Antisemitismus, wie traditioneller, sekundärer, rassistischer oder israelbezogener Antisemitismus werden im Rahmen der Fachvortragsreihe behandelt.

Es wurden folgende Handlungsempfehlungen zur Prävention von Antisemitismus konkret für den Kernbereich KITA erarbeitet, die umgesetzt werden sollen:

- > Spezielle Fortbildungen für pädagogisches und hauswirtschaftliches Kita-Personal
- > Fachberatung zum Thema
- > Spezielles Angebot an Team-Klausurtagen zu Antisemitismus
- > Eine gemeinsame Haltung in städtischen Kitas entwickeln und vertreten
- > Sensibilisierung der Eltern durch gezielte Angebote für einen handlungssicheren Umgang mit Antisemitismus in der Kita
- > Projektarbeit zum Thema
- > Entwicklung einer Toolbox für pädagogische Fachkräfte
- > Vereinbarung bezüglich Umgangsregelung

Kinder und Jugendliche

<https://www.pi-muenchen.de/>

Demokratiebildung sowie die Prävention von Antisemitismus, Rassismus und von allen Formen von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind dem Pädagogischen Institut – Zentrum für kommunales Bildungsmanagement (PI-ZKB) bzw. dem Referat für Bildung und Sport ein großes Anliegen.

Der Fachdienst Politische Bildung (PI-ZKB-FB3.1) zielt in diesem Zusammenhang einerseits darauf, Lehrkräfte und Pädagog*innen zu sensibilisieren, wachsam und veränderungsfähig/-bereit werden zu lassen. Andererseits sollen sie zugleich dazu befähigt werden, die in Institutionen und Strukturen eingeschriebenen antisemitischen Wahrnehmungs-, Argumentations- und Handlungsmuster zu identifizieren und ihnen bewusst entgegen zu arbeiten. Dabei werden alle Formen des gegenwärtigen Antisemitismus in Deutschland (u.a. historischer Antisemitismus, Antisemitismus im Rechtsextremismus und Neonazismus, sekundärer Antisemitismus nach der Shoah, israelbezogener Antisemitismus) im Blick behalten.

Bei der Konzeption von Veranstaltungen zum Thema Antisemitismus und bei der diesbezüglichen Beratung der Schulen kann der PI-ZKB-FB3.1 unter anderem auch auf die Expertise erfahrener Mitarbeiter*innen zurückgreifen. Für ihre diesbezügliche Arbeit bilden sie sich kontinuierlich fort und weiter, u.a. zu Aspekten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierungskritik, bspw. durch die Teilnahme an der Ausbildung „Social Justice und Diversity“ (FH Potsdam).

Im Lehrkräftefortbildungsprogramm werden in den letzten Jahren auch regelmäßig zentrale Fortbildungen zum Thema „Antisemitismus“ angeboten. In Zusammenarbeit mit der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt/Main bietet der Fachbereich für Politische Bildung seit 2018 regelmäßig das Training „Weltbild Antisemitismus: immer die Anderen?“ für Münchner Lehrkräfte an. Im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus in München wird das Training auch für weitere Zielgruppen der interessierten Öffentlichkeit geöffnet. Auch in anderen Fortbildungen des Fachdienstes und in der umfassenden, 2,5-jährigen Zusatzqualifikation „Schule der Vielfalt“ des PI-ZKB zu diskriminierungskritischer Schulentwicklung spielt die Auseinandersetzung mit Antisemitismus (und anderen Arten von Diskriminierung bzw. gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit) eine Rolle, etwa bei Veranstaltungen zum Thema Verschwörungstheorien, zu Fake News und Hate Speech und zum Themenfeld Antidiskriminierung, z.B. im Kontext diversitätsbewusster und diskriminierungskritischer Schulentwicklung.

Seit 2015 bietet der Fachdienst jeweils passgenau auf die Bedarfe der Schulen abgestimmte Veranstaltungen (Workshops an den Schulen sowie Exkursionen in München und Umgebung) zur Politischen Bildung an. Das fächerübergreifende Angebot gilt für alle öffentlichen Münchner Schulen, insbesondere für Schüler*innen ab Jahrgangsstufe 7. Anfragen können sowohl von Lehrkräften als auch von den Schüler*innen selbst gestellt werden.

In den vom Fachdienst Politische Bildung vielfältig und zu vielen Themen organisierten Seminaren und Workshops finden sich auch zu allen Formen von Antisemitismus (s. oben) Angebote. Bspw. werden für Schulklassen Zeitzeugengespräche organisiert oder auch Workshops in Kooperation mit der Anne Frank Bildungsstätte realisiert.

Besondere Angebote gibt es noch zusätzlich für die Schulen im Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC), unter anderem Workshops zum Thema Antisemitismus bei den jährlich stattfindenden Vernetzungstagen der SOR-SMC-Schulen in München und Oberbayern.

Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus findet zudem im Rahmen von Berlinfahrten (mit Besuchen des Jüdischen Museums Berlin und dem Denkmal für die ermordeten Juden*Jüdinnen Europas) statt, die Schulen in Zusammenarbeit mit dem PI-ZKB-FB3.1 planen und durchführen. Außerdem unterstützt der Fachbereich Klassenfahrten zu Gedenkstätten und Besuche von Synagogen. Dahingehend wurden in den letzten Jahren jeweils ca. 40 Fahrten von Schulen zur KZ-Gedenkstätte Dachau (ca. 2000 Schüler*innen pro Jahr) sowie mehrere Besuche in Synagogen bezuschusst.

Der Medienservice des Fachbereichs Neue Medien / Medienpädagogik des Pädagogischen Instituts – Zentrum für Kommunales Bildungsmanagement (PI-ZKB-FB5) bietet Bildungseinrichtungen kostenlosen (lizenzsicher, per Stream, Download oder DVD) Zugriff auf Medien aller Art an und berät persönlich über das breite Angebot, das alle Themen des Lehrplans abdeckt. Zum Thema Antisemitismus und der Vielfalt jüdischen Lebens in Deutschland hat der Medienservice 12 Onlinemedien und 11 DVDs im Bestand. Diese beinhalten neben den Filmsequenzen auch diverses didaktisches Zusatzmaterial, welches Lehrkräfte für den Unterricht nutzen können. Die Medien können direkt über die Webseite <https://muc.medienzentrumonline.eu> bestellt bzw. direkt online angesehen oder heruntergeladen werden.

<https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtpolitik/Fachstelle-fuer-Demokratie/kommunalesNetzwerk/Stadtjugendamt.html>

Die sozialpädagogischen Fachkräfte der Stelle für politische Bildung im Stadtjugendamt sind spezialisiert auf die pädagogischen Aspekte des Themenspektrums Demokratie- und Menschenrechtsbildung, politische und religiöse Radikalisierung bzw. Radikalisierungsprävention, Rechtsextremismus sowie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Besonderer Fokus liegt dabei auf jugendtypischen Gefährdungslagen und Prävention. Angeboten werden eine niedrigschwellige Beratung sowie auf die jeweiligen Anliegen zugeschnittene Vorträge, Fortbildungen und Workshops für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, Multiplikator*innen und Lehrpersonal im Bereich der Landeshauptstadt München. Die Stelle bietet Aufklärung, Beratung und Weitervermittlung an geeignete Maßnahmenträger und Unterstützungsangebote bzw. vermittelt in Gefährdungsfällen auch an die zuständigen Stellen in den Sozialbürgerhäusern und im Stadtjugendamt. Eigene oder auf Antrag andere Projekte und Aktionen im Rahmen der außerschulischen politischen Jugendbildung können über ein eigenes Budget realisiert werden.

Antisemitismuskritische Pädagogik ist ein Schwerpunkt der Stelle für politische Bildung im Stadtjugendamt. Anlässlich einer Abfrage 2018 unter allen freien Trägern der Jugendhilfe bzw. Jugendarbeit in München zum Thema Erfahrungen mit Antisemitismus in der pädagogischen Arbeit hat die Stelle für politische Bildung ein Fortbildungskonzept für Pädagog*innen entwickelt, das je nach Bedürfnis angepasst werden kann. Teile dieses Konzeptes werden in anderen Fortbildungsangeboten integriert, die sich nicht nur spezifisch auf Antisemitismus beziehen, sondern z.B. auf Vorurteile, Diskriminierungen oder Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Antisemitismus als Kernideologie von Rechtsextremismus wird im Rahmen von entsprechenden Veranstaltungsformaten, wie z.B. Vorträgen, Workshops oder Fortbildungen von der Stelle für politische Bildung im Stadtjugendamt ebenfalls thematisiert. Auch die Beschäftigung mit Verschwörungsideologien, die in Zeiten der gegenwärtigen Corona-Pandemie vermehrt auftreten und dabei auf historisch tradierte, antisemitische Stereotypen zurückgreifen, wird von der Stelle für politische Bildung behandelt, wie z.B. im Rahmen einer Online-Vortragsreihe für Beschäftigte des Sozialreferates. Im Frühjahr 2021 wurde Antisemitismus als Thema für den alle zwei Monate erscheinenden Newsletter für das Stadtjugendamt aufgegriffen.

Das Thema Antisemitismus bzw. antisemitismuskritische Pädagogik genießt bei der Stelle für politische Bildung im Stadtjugendamt sehr hohe Aufmerksamkeit. Dabei werden stets aktuelle Forschungserkenntnisse und Fachpublikationen einbezogen und fortlaufend der gesellschaftliche Diskurs verfolgt. Darauf bezogen können entsprechende passgenaue Bildungsangebote konzipiert und durchgeführt werden. Die Nachfrage nach antisemitismuskritischen Angeboten ist jedoch vergleichsweise gering. Dies liegt nach Einschätzung der Stelle für politische Bildung weniger daran, dass Antisemitismus im pädagogischen Alltag keine Rolle spielt, sondern vielmehr an der, im Gegensatz zu Rassismus, wenig ausgeprägten Sensibilität von Lehr- und Fachkräften. Zum Teil werden antisemitische Aussagen nicht als solche erkannt oder problematisiert oder Antisemitismus als ein rein durch Migration importiertes Phänomen dargestellt. Die Stelle für politische Bildung sieht hier einen großen Bedarf für eine selbstreflexive Auseinandersetzung für Fach- und Lehrkräfte.

<https://www.agfp.de/die-pastinaken>

„Die Pastinaken“ sind ein von der LH München gefördertes Kollektiv für politische Bildungsarbeit, das Angebote in der schulischen und außerschulischen Jugendbildung, sowie in der Erwachsenenbildung zur Verfügung stellt. Grundanliegen der Bildungsveranstaltungen ist die Eröffnung von Diskursräumen, in welchen demokratische Werte, Normen und Handlungskompetenzen erfahrbar gemacht werden können. Die Pastinaken positionieren sich in ihrer Bildungsarbeit klar gegen gesellschaftliche Ausgrenzung und Weltbilder, welche die prinzipielle Gleichwertigkeit von Menschen in Frage stellen. Das Ziel der pädagogischen Arbeit der Pastinaken ist es, menschenfeindlichem Denken entgegenzutreten, demokratische und emanzipatorische Haltungen zu unterstützen und ein friedliches Miteinander in der Gesellschaft zu fördern.

Ihrer praktischen Arbeit legen die Pastinaken die Reflexion gesellschaftlicher Machtverhältnisse und struktureller Ungleichheit zugrunde und orientieren sich unter anderem an den wissenschaftlichen Untersuchungen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (sog. „Mitte-Studie“ von FES/IKG seit 20061).

In diesem Sinne beschäftigen sich die Pastinaken im Rahmen ihrer politischen Bildungsarbeit auch mit dem Themenkomplex Antisemitismus. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Auseinandersetzung mit dem Themenbereich Rechtsextremismus. Neben diesem Schwerpunkt sind sich die Pastinaken aber auch der gesamtgesellschaftlichen Relevanz des Themas Antisemitismus bewusst. Bei ihrer praktischen Bildungsarbeit nehmen die Pastinaken Themen und Perspektiven der Jugendlichen auf aktuelle politische und gesellschaftliche Vorgänge auf und machen diese besprechbar. Dabei können auch Diskurse eine Rolle spielen, die antisemitische Einstellungen und Erklärungsmuster transportieren. Aktuell steht hierbei der Phänomenbereich „Verschwörungsdenken“ im Vordergrund.

20) Friedrich-Ebert-Stiftung (2021): Mitte-Studie.

URL:<https://www.fes.de/forum-berlin/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie> (23.9.21).

<https://www.juedisches-museum-muenchen.de/>

Neben einem Fokus auf Erinnerungsarbeit ist das Jüdische Museum München (JMM)²¹ auch eine zentrale Bildungseinrichtung für die Vermittlung vielfältiger jüdischer Lebensentwürfe aus Vergangenheit und Gegenwart. Sie zielt so darauf ab, Stereotype zu dekonstruieren und Vorurteile aufzulösen. Unter dieser Perspektive versteht sich die gesamte Bildungsarbeit des JMM als Antisemitismusprävention. Sie bedient sich pädagogischer Methoden des Diversity-Ansatzes. Deren Stärke ist, Diversität als Ressource zu sehen und Annahmen über kulturelle Zugehörigkeiten sowie Zuschreibungen zu dekonstruieren. Zwei Beispiele:

- > 2020: Entwicklung des 90-minütigen Workshops „Jüdisches-Sein in München heute“ für Jugendliche: Mithilfe eines eigens produzierten Brettspiels „erspielen“ die Teilnehmenden die Facetten der jüdischen Community in München.
- > 2020/21: Online-Tutorials für Kinder von acht bis zwölf Jahren: Anhand von Phänomenen wie „Feiertagen“, „Lebensgeschichten“ und „Stadtleben“ reflektieren Kinder die eigene Lebenswelt und integrieren darin eine jüdische Perspektive. Die Tutorials werden in adaptierter Form auch als Workshops im JMM stattfinden.

Da sich antisemitische Vorstellungen schon in der Kindheit bilden können, muss die JMM-Vermittlung viel stärker im Kontext der Grundschulen und Kindertagesstätten agieren. In diesem Bereich sowie in der Ausbildung, Beratung und Unterstützung von Multiplikator*innen, pädagogischem Personal und Lehrkräften kann das JMM starker Partner sein. Das JMM möchte auch hier ein besonderes Schlaglicht auf die Vielseitigkeit jüdischer Lebensentwürfe werfen. Denn gerade Lehrkräfte benötigen Hilfestellungen. Sie müssen oft nach defizitären Lehrplänen arbeiten, in denen jüdisches Leben fast ausschließlich im Kontext von Verfolgungsgeschichten auftaucht. Zwei Beispiele:

- > 2021: Beteiligung an der Fortbildung „Die Welt im Bilderbuch – praktische Bilderbucharbeit als Spiegel heutiger Lebenswelten“ für Mitarbeiter*innen in Kindertageseinrichtungen
- > Ständiges Angebot: Öffentliche Rundgänge für Lehrkräfte aller Schulformen im JMM

Das JMM kann noch stärkerer Bildungspartner in der Antisemitismusprävention werden, sofern personelle Mittel in Zukunft für mehr als punktuelle Maßnahmen ausreichen.

21) Eine ausführliche Profilbeschreibung des JMM ist im Unterkapitel 3.3.2 verschriftlicht.

<https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtpolitik/Fachstelle-fuer-Demokratie.html>

Leider war in den vergangenen Jahren an Münchner Schulen – wie auch bundesweit – ein deutlicher Anstieg von antisemitischen, rassistischen und anderen gruppenbezogen menschenfeindlichen Äußerungen und Verhaltensweisen (on- und offline) zu beobachten. Diese reichten von antisemitischen oder NS-verherrlichenden Postings in Form von „Witzen“ in WhatsApp-Klassenchats über die rassistische und antisemitische Ausgrenzung und Beleidigung von Mitschüler*innen bis hin zu konkreten Gewaltphantasien gegen bestimmte Bevölkerungsteile. Allerdings ist davon auszugehen, dass der Stadtverwaltung insbesondere nur solche Fälle bekannt wurden, die die strafrechtlich relevante Schwelle überschritten. Viele Sachverhalte, die sich unterhalb dieser Schwelle ereigneten, wurden der Stadt bislang nicht strukturiert bekannt, da für derartige Sachverhalte kein (verpflichtendes) Meldesystem bzw. Monitoring, verknüpft mit einer Beratungs-, Verweis- und Unterstützungsstruktur, bestand. Es ist also neben dem bekannten Ausmaß des Problems von einem erheblichen Dunkelfeld auszugehen.

Der Stadtrat hat daher – im Einklang mit den Empfehlungen der bundesweit führenden Expert*innen zum Thema²² – die Einrichtung einer (Erst-)Anlaufstelle bei der Fachstelle für Demokratie beschlossen. Ziel dieser Maßnahme ist es, solche Sachverhalte strukturiert und nachhaltig bearbeiten zu können und dafür Erfassungs- und Meldemechanismen sowie eine professionelle (Erst-)Beratungsstruktur zu etablieren.

Bei der Fachstelle für Demokratie wird mit dem Stadtratsbeschluss eine zentrale Anlaufstelle für Vorfälle mit gruppenbezogen menschenfeindlichen, beispielsweise antisemitischen, Hintergründen im schulischen Bereich geschaffen und somit systematische Verantwortlichkeiten für die Befassung mit entsprechenden Vorfällen in der Schule festgelegt. Neben der anonymisierten Registrierung und Dokumentation der Fälle ist es Aufgabe dieser zentralen und vertraulichen (Erst-)Anlaufstelle, allen Teilen der Schulfamilie (Schüler*innen, Lehrkräften, Schulleitungen, sonstigen schulischen Beschäftigten, Erziehungsberechtigten) umfassend beratend zur Seite zu stehen, sie ggf. an Betroffenenberatungsstellen oder andere Fachstellen zu verweisen sowie eine strukturierte Nachbearbeitung der Vorfälle (sowohl pädagogisch, wie im Einzelfall auch psychologisch und juristisch/strafrechtlich) zu gewährleisten und bei Bedarf passgenaue pädagogische Angebote (z.B. des Pädagogischen Instituts der Landeshauptstadt München, des Stadtjugendamts oder von zivilgesellschaftlichen Stellen) zu vermitteln. Die Landeshauptstadt sieht Handlungsnotwendigkeiten hierbei vorrangig im pädagogischen und präventiven Bereich, aber – je nach Intensität des Vorfalls – auch ausdrücklich die Notwendigkeit disziplinarischer Maßnahmen.

Das Referat für Bildung und Sport, das Personal- und Organisationsreferat und die Fachstelle für Demokratie haben daher in Zusammenarbeit eine umfassende „Handreichung zum Vorgehen bei Vorfällen mit menschenfeindlichen und volksverhetzenden Hintergründen im schulischen Bereich“ entwickelt, die einen dienstrechtlich verpflichtenden Charakter hat und am 19. Februar 2022 in Kraft treten wird. Diese Handreichung enthält einen Handlungsleitfaden für Schulleiter*innen, Lehrkräfte und sonstige Beschäftigte aus dem schulischen Bereich und etabliert einen standardisierten Erfassungs- und Meldemechanismus, der eine strukturierte Bearbeitung und (anonymisierte) Erfassung von entsprechenden Vorfällen durch die Fachstelle für Demokratie ermöglicht. Die einzelnen Schulen sind dazu verpflichtet, antisemitische, rassistische und andere menschenfeindliche Vorfälle an die Fachstelle für Demokratie für den schulischen Bereich zu melden.

Über die anonymisierte Erfassung von Sachverhalten im Rahmen des Monitorings sollen die Bildungsangebote für Lehrkräfte und Fachpersonal insbesondere im schulischen Bereich laufend an den so erkannten Fortbildungsbedarf angepasst werden. Dazu bedarf es einer engen Absprache zwischen der Fachstelle für Demokratie und den für die Fortbildungen im schulischen Bereich zuständigen Partner*innen.

²² z.B. Salzborn, Samuel; Kurth, Alexandra (2019): Antisemitismus in der Schule.

URL: <https://www.tu-berlin.de/fileadmin/i65/Dokumente/Antisemitismus-Schule.pdf> (23.9.21).

Erwachsenenbildung

3.2.3.1

Münchener Volkshochschule

<https://www.mvhs.de/>

Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus versteht die Münchner Volkshochschule (MVHS) als dauerhaften Auftrag (nicht nur) der historisch-politischen Bildung. Das einschlägige Programm umfasst u.a. Angebote der Wissensvermittlung und Aufklärung über die Verfolgung und Vernichtung der Juden zur Zeit des Nationalsozialismus einschließlich der Vorgeschichte und der Nachwirkungen, Informationsveranstaltungen und Diskussionen sowohl über jüdisches Leben in Deutschland heute als auch über Antisemitismus in der Gegenwartsgesellschaft und schließlich konkrete Trainings, die auch den Umgang mit antisemitischen Positionen schulen.

Die Angebote adressieren die Münchner Stadtgesellschaft sowie in speziellen Programmsegmenten dezidiert zugewanderte Jugendliche und Erwachsene sowie Menschen, die an der MVHS ihren Schulabschluss nachholen.

Die unterschiedlichen Veranstaltungsformate, die offen für die ganze Münchner Stadtgesellschaft sind, greifen dabei Themen wie Jüdisches Leben in Vergangenheit und Gegenwart, Nationalsozialismus (insbesondere die Verfolgung und Ermordung der Juden Europas) und Rechtsextremismus auf. Die Formate reichen von Führungen, Ausstellungen, Vorträgen, Podiumsdiskussionen bis hin zu Seminaren und Trainings.

Projekte gegen Antisemitismus sind zudem fester Bestandteil in den Schulabschlusslehrgängen, bei der Münchner Volkshochschule, der Münchner Volkshochschule Schulsozialarbeit und bei dem Interkulturellen Schülertreff. Dies trifft ebenso auf die Deutsch- und Integrationskurse zu, die bei den Münchner Volkshochschulen angesiedelt sind.

Die Münchner Volkshochschule arbeitet wie auch die Bundesregierung, die Landeshauptstadt München und der Bayerische Volkshochschulverband auf der Grundlage der „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA).

In den oben aufgeführten Veranstaltungen und Projekten zum gegenwärtigen und historischen Antisemitismus thematisiert die MVHS abhängig von der konkreten Themenstellung resp. Zielgruppe sowohl politischen, rassistischen, religiösen wie israelbezogenen und muslimisch geprägten Antisemitismus.

3.2.3.2

DGB Bildungswerk Bayern e.V.

<https://www.bildungswerk-bayern.de/>

Als gewerkschaftlicher Bildungsträger ist das DGB Bildungswerk Bayern e.V. den Prinzipien der Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet. Diese begründen und leiten die Bildungsarbeit in allen Bereichen. Einen herausragenden Stellenwert hat dabei die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und die Bekämpfung rechtsextremer Entwicklungen in allen ihren Erscheinungsformen. Das Bildungswerk arbeitet gegen die Umdeutung der NS-Geschichte in ihren verschiedenen Spielarten und stellt sich gegen sämtliche Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In diesem Zusammenhang bildet das Themenfeld Antisemitismus einen festen Bestandteil des allgemeinen Bildungsangebots. Es wird in unterschiedlichen Bildungsveranstaltungen thematisiert, insbesondere in solchen, die sich mit historischen und aktuellen politischen Rechtsentwicklungen in unserer Gesellschaft auseinandersetzen.

Im Fokus steht dabei der moderne Antisemitismus, insbesondere seine Ausdrucksformen in der Zeit des Nationalsozialismus. Neben den ideologischen Grundlagen geht es hier um den politischen und gesellschaftlichen Niederschlag des Antisemitismus und die Verbrechen, die in seinem Namen verübt wurden. Daneben werden aktuelle Formen des sekundären Antisemitismus in den Blick genommen, wie sie insbesondere in älteren und neueren Verschwörungstheorien zum Ausdruck kommen, sowie Formen des israelbezogenen Antisemitismus.

Das DGB Bildungswerk bietet verschiedene Stadtrundgänge an, in denen der historische Antisemitismus in Deutschland und München, wie das Schicksal der Münchner Jüdinnen und Juden in der Zeit des Nationalsozialismus oder die historische Ausgrenzung und Verfolgung jüdischer Bürger*innen in München nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, thematisiert werden. Daneben organisiert es Abendvorträge mit Diskussion (in Präsenz und digital) sowie Tagesseminare, die sich mit aktuellen politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungen und deren historischen Hintergründen befassen. Gegenstände sind hier u.a. Verschwörungstheorien in Zeiten von Corona, Erscheinungsformen und Funktionsweise von Antisemitismus, ältere und neuere rechte Ideologien sowie gesellschaftliche Ursachen des politischen Rechtstrends. Für das Jahr 2022 ist eine Intensivierung der Auseinandersetzung mit aktuellen nationalkonservativen und völkischen Ideologien geplant. Hierbei wird es auch um die Frage gehen, welche Rolle der Antisemitismus in diesen Anschauungen spielt.

3.2.3.3

Evangelische Stadtakademie

<https://www.evstadtakademie.de/>

Als christliche Einrichtung sieht sich die Evangelische Stadtakademie der Prävention gegen Antisemitismus in besonderer Weise verpflichtet und hat daher in den vergangenen Jahren zahlreiche Veranstaltungen dazu angeboten. Eine besonders enge Zusammenarbeit besteht mit der Liberalen Jüdischen Gemeinde Beth Shalom, aber auch mit dem Jüdischen Museum, dem NS Dokumentationszentrum und der Israelitischen Kultusgemeinde. Die Veranstaltungsreihen „Inside Israel“ oder „Dialog zwischen Judentum und Christentum“ werden gemeinsam mit Kooperationspartnern laufend weiterentwickelt, aber auch einzelne Veranstaltungen wie „Antisemitismus in der Sprache“, „Verschwörungsmythen. Woher sie kommen, was sie anrichten, wie wir ihnen begegnen“ oder „Kurze Geschichte des Antisemitismus“ können besucht werden. Die Prävention gegen Antisemitismus ist und bleibt fester Bestandteil des Programms der Evangelischen Stadtakademie.

Erinnerungskultur

Im Bereich der Erinnerungskultur sind in München verschiedene renommierte Einrichtungen aktiv. Diese setzen sich insbesondere auch mit der besonderen Verantwortung der Landeshauptstadt als ehemalige „Hauptstadt der nationalsozialistischen Bewegung“ auseinander. Die Kontinuität antisemitischer Gewalt (antisemitischer Brandanschlag Reichenbachstraße 1970, Olympia-Attentat 1972, geplanter / nicht durchgeführter Anschlag auf die Grundsteinlegung des jüdischen Gemeindezentrums 2003) zeigen die Notwendigkeit einer anhaltenden, erinnerungskulturellen Beschäftigung auf. Daneben wird in einzelnen Einrichtungen auch spezifisch jüdisches Leben und Kultur in der Landeshauptstadt vermittelt.

3.3.1

NS-Dokumentationszentrum München

<https://www.ns-dokuzentrum-muenchen.de/home/>

Unmittelbar am Königsplatz befindet sich das NS-Dokumentationszentrum München, am historischen Ort des „Braunen Hauses“, der Parteizentrale der NSDAP. Der Ort steht symbolisch für die Gründung und den Aufstieg des Nationalsozialismus in München. Eine Dauerausstellung dokumentiert diese historischen Hintergründe, sie geht auf Münchens Rolle in der NS-Diktatur ein und hinterfragt den schwierigen Umgang mit der Geschichte nach 1945.

Daran anknüpfend widmet sich das NS-Dokumentationszentrum mit einem breitgefächerten Programm aus Ausstellungen, Veranstaltungen und Vermittlungsformaten weiterführenden historischen, aber auch aktuellen Themen: Denn die Kernelemente nationalsozialistischer Ideologie, Antisemitismus und Rassismus, sind mit dem Kriegsende 1945 nicht aus der Welt verschwunden.

In Seminaren, Rundgängen und Workshops lädt die Vermittlungsabteilung des NS-Dokumentationszentrums dazu ein, sich kritisch mit diesem Erbe des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Gemeinsam mit den Teilnehmenden fragen Seminarleiter*innen und Guides danach, inwieweit antisemitische Einstellungen, Vorurteile und Stereotype bis heute (auch jenseits rechtsradikaler Parteien) verbreitet sind und wie der Ideologie der Ungleichheit entgegengetreten werden kann. Junge Schüler*innen lernen beispielsweise die Biografie Ernst Grubes kennen. Wegen der jüdischen Herkunft seiner Mutter erlebte er als Kind die nationalsozialistische Verfolgung in München. Heute setzt er sich gegen die Ausgrenzung von Minderheiten ein und ermutigt Jugendliche, sich für ein demokratisches Zusammenleben zu engagieren. Themen wie Krieg und Ausgrenzung, Rassismus und Antisemitismus, aber auch Demokratie, Menschenrechte und Erinnerungskultur bilden zentrale Schwerpunkte weiterer Veranstaltungen, die das NS-Dokumentationszentrum häufig in Kooperation mit städtischen sowie überregionalen Partner*innen durchführt. In den Wechselausstellungen werden zudem neue Vermittlungs- und Auseinandersetzungsformen mit historischem und gegenwärtigem Antisemitismus etwa durch zeitgenössische Kunst und Interventionen in die Dauerausstellung möglich.

Das NS-Dokumentationszentrum München sieht es als Kernaufgabe, seine Besucher*innen für die Auswirkungen von Antisemitismus und Rassismus zu sensibilisieren und die historischen Erfahrungen vor dem Hintergrund gegenwärtiger gesellschaftlicher und politischer Fragestellungen zu diskutieren.

3.3.2

Jüdisches Museum München

<https://www.juedisches-museum-muenchen.de/>

Das Jüdische Museum München (JMM) ist seit der Eröffnung im Jahr 2007 die zentrale museale Einrichtung der Landeshauptstadt München, die sich mit jüdischem Leben beschäftigt. Das JMM sensibilisiert für die Vielfalt jüdischer Geschichte, Gegenwart und Kultur und sieht sich als Träger einer verantwortungsvollen Erinnerungskultur. Das JMM tritt Antisemitismus aktiv entgegen, indem es in seinen Ausstellungen die Münchner jüdische Geschichte als integralen Teil der Stadtgeschichte sichtbar macht, aber auch auf ihre Einschnitte, Brüche und Leerstellen verweist.

Inhalte werden dem Publikum im Museum in Form von Ausstellungen und Installationen, Veranstaltungen und Vermittlungsprogrammen (Rundgänge, Workshops etc.) und darüber hinaus durch digitale Vermittlung zugänglich gemacht. Die sogenannte Besucherbetreuung ermöglicht den Besucher*innen kurze Rundgänge vor Ort. In diesen geschützten Gesprächssituationen entsteht ein intensiver Austausch zu den Inhalten des Hauses. Die Angebote ermutigen das Publikum zur kritischen Auseinandersetzung mit eigenen Standpunkten und mit Narrativen von Geschichte und Gegenwart.

Neben den Angeboten, die im Museum am Sankt-Jakobs-Platz stattfinden, setzt die Vermittlung seit 2019 verstärkt auf den Outreach-Bereich. Dazu gehören Rundgänge zum „Erinnerungsort Olympia-Attentat“ im Olympiapark. Die Mitarbeiter*innen der Vermittlung befinden sich im Outreach außerhalb der organisatorischen Abläufe und Sicherheitsstrukturen des Museumsgebäudes. Die Frage nach der Sicherheit der Mitarbeiter*innen spielt in diesem Kontext eine Rolle. Zu verbalen Übergriffen auf Mitarbeiter*innen ist es in diesem Zusammenhang bereits gekommen. Seit dem Anschlag auf die Synagoge von Halle 2019 sind auch im Jüdischen Museum München am Sankt-Jakobs-Platz verstärkte Sicherheitsvorkehrungen notwendig.

Das JMM unterstützt sein Personal konsequent: Fortbildungen für Mitarbeiter*innen werden als konstanter Prozess gesehen. Momentan entstehen ein neues Leitbild für das JMM sowie ein internes Meldesystem bei antisemitischen Vorfällen. Bei diesem Prozess wurde das Jüdische Museum München durch die Fachstelle für Demokratie unterstützt.

3.3.3.

Kulturreferat

<https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Kulturreferat.html>

Das Kulturreferat (KULT) führt zahlreiche sowohl temporäre als auch dauerhafte Projekte für die Prävention von Antisemitismus, Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit durch oder unterstützt sie durch Förderungen. Das Jüdische Museum München (JMM) und das NS-Dokumentationszentrum München sind Einrichtungen, die der Leitung des KULT unterstehen; sie werden in den Unterkapiteln (3.2.2.5 und 3.3.2 bzw. 3.3.1) im vorliegenden Aktionsplan separat vorgestellt.

Vor allem die beim KULT angesiedelten Bereiche Stadtgeschichte und Erinnerungskultur (StG) und Kunst im öffentlichen Raum (KiöR) sind aufgrund der erinnerungskulturellen Themen und Denkmalsfragen zentral für die Auseinandersetzung mit Antisemitismus. Bei dem Projekt „Namensdenkmal / Platz der Opfer des Nationalsozialismus“ steht das Gedenken an alle Opfer des NS-Regimes als Ausgangspunkt für Demokratiebildung und damit auch eine Bildungsperspektive in Bezug auf den Antisemitismus im Mittelpunkt. Ein zentrales Erinnerungsprojekt wie „Memory Loops“ von Michaela Melián wird im Bereich KiöR fortlaufend gepflegt und aktualisiert, im Jahr 2021 soll dies mit einer Installation im NS-Dokuzentrum verankert werden. Auch in weiteren Projekten der KiöR ist das kulturelle Wirken gegen den Antisemitismus Teil des Förderspektrums von KULT. Der Bereich StG arbeitet eng mit der Koordinierungsstelle Erinnerungszeichen für Todesopfer des NS zusammen. StG ist ferner Teil der Arbeitsgruppe „9. November“, die bereits seit Jahren das Gedenken zur „Reichskristallnacht“ in München zusammen mit der Israelitischen Kultusgemeinde und vielen städtischen und zivilgesellschaftlichen Partner*innen gestaltet. Dabei ist die Planung und Durchführung eines jährlich wiederkehrenden Zeitzeug*innenforums mit Münchner Schülerinnen und Schülern ein wichtiger Aspekt.

2019 hat das KULT für den Kulturausschuss eine Reise nach Israel zum Thema Erinnerung und kulturelle Bildung durchgeführt, bei der intensive Kontakte zu israelischen Kultur- und Bildungseinrichtungen geknüpft wurden, die bis heute aktiv sind und weiterentwickelt werden. Damit hat das KULT eine Maßnahme für eine intensive Auseinandersetzung mit der Vielfalt jüdischen Lebens und der Prävention von Antisemitismus für die Stadtpolitik initiiert.

Die Prävention von Antisemitismus und die Unterstützung der Vielfalt jüdischen Lebens betreffen zudem auf Projektebene alle Förderbereiche des KULT. In den Bereichen Musik, Stadtgeschichte und Literatur und der freien Theaterförderung finden sich Projekte, die sich den oben genannten Themen annähern oder sich kritisch auf Ereignisse mit antisemitischem Hintergrund beziehen. Exemplarisch können hier laufende Förderungen zum Thema „Bücherverbrennungen“, geförderte Projekte zur verdrängten Musik oder zur jüdischen Musik sowie die dauerhaften Förderungen genannt werden, mit denen KULT die Durchführungen von Ausstellungen, Vorträgen und Konzerten zur jüdischen Kultur durch die Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern (IKG) sowie das Bildungsprogramm der Europäischen Janusz-Korczak-Akademie (EJKA) unterstützt.

Der Kampf gegen Antisemitismus in den vom KULT geförderten Projekten und Institutionen und die kritische Auseinandersetzung mit seinen historischen und aktuellen Grundlagen ist von zentraler Bedeutung für die vom Referat bestimmten kulturpolitischen Handlungsfelder der Stärkung von Demokratie und des Einsatzes für kulturelle Vielfalt.

<https://www.kjr-m.de/>

Hass und Hetze gegen Juden*Jüdinnen und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nehmen seit Jahren zu und haben inzwischen erschreckende Ausmaße angenommen. Vor diesem Hintergrund, aber auch der Entstehung und historischen Verantwortung der Jugendringe fußt die Arbeit des Fachbereichs außerschulische „Demokratische Jugendbildung“ des Kreisjugendrings (KJR) auf der engen Verbindung von historischer und politischer Bildung, von Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus und Themen der Gegenwart. Dabei nimmt sie sowohl Gedankengut, Strukturen und Mechanismen in den Blick, die zu Vorurteilen und Hass führen können, als auch Voraussetzungen, Formen und Handlungsfelder für Widerstand und Gegenmaßnahmen.

Ganz wesentlich ist dabei die Teilhabe und größtmögliche Mitbestimmung junger Menschen an den Bildungsprozessen, die mit offenen, demokratischen Strukturen dabei unterstützen, ein kritisches Bewusstsein zu entwickeln, demokratische Werte zu verinnerlichen und zu aktivem Handeln anregen. Der Kontakt und das Kennenlernen unterschiedlichster Lebensformen, Kulturen und Meinungen bietet vor allem in Jugendprojekten, Workshops und Werkstattarbeit viel Raum für Diskussionen und Aushandlungsprozesse, aber auch für die Auseinandersetzung mit eigenen Positionen und Urteilen. Auf der Suche nach Vorbildern eines solidarischen Zusammenlebens von Juden*Jüdinnen und Nicht-Juden*Jüdinnen entstand beispielsweise der – inzwischen mit dem „Münchner Bürgerpreis für Demokratie gegen Vergessen“ ausgezeichnete - Dokumentarfilm „Kick it like Kurt“ über den langjährigen, jüdischen Präsidenten des FC Bayern, Kurt Landauer. 2022 ist gemeinsam mit dem Leiter des Jugendinformationszentrums München eine Reise nach Franken geplant, um sich dort auf Spurensuche jüdischen Lebens und seiner fast tausendjährigen kulturellen Tradition zu begeben.

Grundlegend für jedes demokratische Engagement gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus ist eine gute Vernetzung in der Stadtgesellschaft, die gegenseitige Information, Stärkung und solidarisches Handeln sichert.

3.4

Sicherheit und Justiz

Im Handlungsfeld Sicherheit und Justiz sind die Staatsanwaltschaft und die Polizei München besonders wichtige Partner*innen der Landeshauptstadt München, denn die beiden Landesbehörden sind insbesondere zuständig für die Aufklärung und Verfolgung antisemitischer Straftaten.

Hingegen sind die Kompetenzen der Landeshauptstadt München in diesem Handlungsfeld eher beschränkt. Sie beziehen sich vor allem auf die Bereiche Versammlungsgeschehen und Gebäudesicherheit jüdischer Einrichtungen, die im Zuständigkeitsbereich des Kreisverwaltungsreferats (KVR) liegen. Hierbei besteht jedoch ein stetiger und intensiver Informationsaustausch zwischen KVR und Polizeipräsidium München. Darüber hinaus trägt die Fachstelle für Demokratie als Kommunikationsschnittstelle zwischen der Zivilgesellschaft auf der einen Seite sowie KVR und Polizeipräsidium München auf der anderen Seite zu einem Informationsgewinn auf allen Seiten bei.

Es ist begrüßenswert, dass sich Staatsanwaltschaft und Polizeipräsidium München bereit erklärt haben, einen jeweils eigenen Beitrag zu dem vorliegenden Münchner Aktionsplan gegen Antisemitismus beizusteuern. Dies zeigt, dass wir gemeinsam Verantwortung für die Bekämpfung von Antisemitismus in der Landeshauptstadt München übernehmen

<https://www.polizei.bayern.de/muenchen/>

Das Polizeipräsidium München tritt Antisemitismus entschieden entgegen und hat sich dazu mit verschiedenen Institutionen und Akteurinnen und Akteuren²³ vernetzt.

Nach einem durch die Landeshauptstadt München initiierten Austausch mit der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern und der Liberalen jüdischen Gemeinde Beth Shalom wurde der Schwerpunkt verstärkt auf die Opfer antisemitischer Übergriffe gelegt. Gemeinsam mit dem Antisemitismusbeauftragten bei der Generalstaatsanwaltschaft München und der Fachstelle für Demokratie der Landeshauptstadt München wurden dazu verschiedene Maßnahmen entwickelt und umgesetzt, um einerseits Betroffenen Hilfestellung zu geben, andererseits die grundsätzliche Anzeigebereitschaft zu erhöhen. Ohne Kenntnis der Straftat ist es der Polizei München nicht möglich, die Tat aufzuklären – Täter und Täterinnen bleiben unerkannt und bestraft und können weitere Straftaten begehen.

Neben der konsequenten Verfolgung antisemitischer Straftaten und der intensiven Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Institutionen, setzt die Polizei München auf vielfache Maßnahmen im Bereich der Prävention, Öffentlichkeitsarbeit sowie der internen Aus- und Fortbildung.

Das Kommissariat 105 für Opferschutz stellt dabei das Herzstück in der Präventionsarbeit dar und bietet Opfern von Straftaten telefonische Beratung oder auch persönliche Beratungsgespräche im geschützten Umfeld an.

Neben POLIZEI-Kursen, die allen offen stehen und in denen Tipps zu Zivilcourage und Selbstbehauptung vermittelt werden, beteiligt sich das Polizeipräsidium München am Projekt „YouthBridge“ der Europäischen Janusz Korczak Akademie, in dem Jugendliche nach einem zweijährigen Leadership-Programm verschiedene Initiativen umsetzen, um Brücken zwischen verschiedenen Communities zu bauen und damit Vorurteile abzubauen.

Um Hasskriminalität (Vorurteilskriminalität) insgesamt sichtbarer zu machen, weist das Polizeipräsidium München seit 2018 Straftaten, die durch gruppenbezogene Vorurteile wie etwa homosexuellenfeindliche oder antisemitische Beweggründe motiviert sind, in seinem jährlichen Sicherheitsreport gesondert aus. Diese Straftaten werden der Politisch motivierten Kriminalität zugeordnet, zu deren Bekämpfung das Polizeipräsidium München seine operative Ermittlungskompetenz signifikant personell gestärkt hat. Zudem pilotierte das Polizeipräsidium München 2019 ein von der Staatsanwaltschaft München I initiiertes Projekt „Justiz und Medien – konsequent gegen Hass“, an das nach dessen bayernweiter Einführung nunmehr auch die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus – RIAS Bayern angeschlossen wurde.

Neben der personellen Stärkung setzt das Polizeipräsidium München auch auf eine interne Fortbildung und Sensibilisierung. Die Beamtinnen und Beamten werden darin geschult, antisemitische Tatmotivationen besser zu erkennen, auch und besonders, wenn solche nicht durch das Opfer geäußert werden. Dazu wurde allen Polizeidienststellen ein Leitfaden zur Verfügung gestellt und Multiplikatoren und Multiplikatorinnen ausgebildet, um Hasskriminalität besser zu identifizieren und damit einen weiteren Beitrag zu deren Sichtbarmachung zu leisten. Denn nur dadurch kann das Dunkelfeld aufgehellt werden.

Flankierend hierzu wurden im Dezember 2020 und Februar 2021 jeweils eintägige Dienstunterrichte zum Thema „Extremismus – Früherkennung und Bekämpfung“ durchgeführt. In diesem Kontext wurde auch der Bereich Rechtsextremismus und Antisemitismus behandelt. Ferner hielt das PP München im Jahr 2021 zwei Workshops zur weiteren Vertiefung dieser Thematik ab.

Die Polizei München verwendet in der Aus- und Fortbildung die internationale Arbeitsdefinition von Antisemitismus der Internationalen Allianz für Holocaustgedenken.

Neben vielen weiteren Maßnahmen und Projekten mit einer Vielzahl von Partnern und Partnerinnen, wird „Ihre Münchner Polizei“ auch zukünftig Hass und Diskriminierung konsequent bekämpfen und den Erfahrungs- und Informationsaustausch, insbesondere mit den Betroffenen sowie Hilfsorganisationen und Beratungsstellen, weiter ausbauen.

23) In dem vorliegenden Textbaustein des Polizeipräsidium Münchens wird eine andere Art der geschlechtergerechten Schreibweise verwendet (bspw. Akteurinnen und Akteure). Die verbindliche Regelungslage des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration sieht die Verwendung des Gendersternchens in dienstlichen Schreiben nicht vor.

https://www.justiz.bayern.de/gerichte-und-behoerden/generalstaatsanwaltschaft/muenchen/spezial_1.php

Mit der Bestellung des Antisemitismusbeauftragten bei der Generalstaatsanwaltschaft München zum 15.07.2018 (daneben auch für die Bezirke der Generalstaatsanwaltschaften in Bamberg und Nürnberg) hat die Bayerische Justiz ein sichtbares Zeichen für eine konsequente Verfolgung antisemitischer Straftaten gesetzt. Im Rahmen des sogenannten Münchner Modells hat sich der Antisemitismusbeauftragte auf verschiedensten Ebenen mit der jüdischen Gemeinde vernetzt und etablierte gemeinsam mit der Präsidentin der israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, einen regelmäßig tagenden runden Tisch, der zu einer partnerschaftlichen Vertrauensbildung beitrug.

2018 stellte der Antisemitismusbeauftragte als Teil des Münchner Modells einen Info-Flyer vor, den er gemeinsam mit der Münchner Polizei und der Fachstelle für Demokratie der Landeshauptstadt konzipiert hatte. Dieses Infoblatt wendet sich an Geschädigte von rechten, rassistischen wie auch antisemitischen Straftaten, es ermutigt in prägnanten Worten, Strafanzeige zu erstatten, benennt Hilfsorganisationen und erklärt die Möglichkeit eines „kleinen Zeugenschutzes.“ Der Flyer wurde bayernweit in den Polizeidienststellen bekannt gemacht; er wurde in 6 Sprachen übersetzt, unter anderem in Hebräisch, und wurde in München an ca. 3000 jüdische Haushalte verteilt.

Der Münchner Antisemitismusbeauftragte erarbeitete mit den Beauftragten von Bamberg und Nürnberg den Leitfaden „Antisemitische Straftaten erkennen“, der Anfang 2020 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Er wurde den bayerischen Staatsanwaltschaften und Polizeidienststellen als Handwerkszeug für strafrechtliche Ermittlungen zur Verfügung gestellt. Mit diesem Instrument werden die Strafverfolger weiter sensibilisiert und geschult, antisemitische Tatmotivationen zu erkennen. Der Leitfaden dient weiteren Bundesländern als Vorlage, die zwischenzeitlich eigene Leitfäden zum Erkennen und zur Verfolgung antisemitischer Straftaten herausgebracht haben.

In München wie im übrigen Bayern gilt bei den Staatsanwaltschaften, dass grundsätzlich bei antisemitischen Delikten Verfahrenseinstellungen wegen Geringfügigkeit oder Verweisungen auf den Privatklageweg nicht zulässig sind. Daneben hat die bayerische Justiz für alle Staatsanwaltschaften die Arbeitsdefinition von Antisemitismus der IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance) für verbindlich erklärt.

Weitere Voraussetzung der wirksamen Bekämpfung antisemitischer Straftaten ist die in München gelebte enge Verzahnung von Justiz und Polizei - wie auch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Kommunalverwaltung (z.B. mit der Fachstelle für Demokratie der Landeshauptstadt München), die künftig noch stärker ausgebaut werden soll

Ziel solcher Maßnahmen wie auch zahlreicher Vorträge des Beauftragten innerhalb und außerhalb der Justiz ist es, Bewusstsein zu schaffen. Bewusstsein bei Opfern wie auch bei Tätern insbesondere dafür, dass judenfeindliche Straftaten in München und anderswo konsequent verfolgt werden.

<https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Kreisverwaltungsreferat.html>

Das Themenfeld des Antisemitismus wurde beim Kommunalen Außendienst (KVR I/3) der Landeshauptstadt München (KAD) im Rahmen von zwei übergeordneten, einmal durchgeführten Schulungsmaßnahmen thematisiert. Das erste Element bildet die interkulturelle Schulung, welche speziell auf das Tätigkeitsfeld des KAD angepasst wurde. Als weiteres Modul haben die Dienstkräfte eine Schulung der Fachstelle für Demokratie zum Thema „Entschieden Auftreten gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit“ absolviert. Im Zuge dieser Fortbildung wurde beim Kommunalen Außendienst ein Formblatt eingeführt, mithilfe dessen sämtliche menschenfeindliche, darunter auch antisemitische Vorfälle dokumentiert und an die Fachdienststelle für Demokratie weitergegeben werden. Die Mitarbeiter*innen des KAD sind dazu angehalten, Betroffene von unter anderem antisemitischen Angriffen über das Beratungsangebot von BEFORE und über die AGG-Beschwerdestelle zu informieren. Insofern auftretende Vorfälle von strafrechtlicher Relevanz sind, wird die Polizei hinzugezogen.

Das Sachgebiet Allgemeine Gefahrenabwehr (KVR I/222) ist u.a. mit dem Themenfeld politischer und religiöser Ideologie und damit auch mit dem Thema Antisemitismus im Zusammenhang mit der Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung befasst. Die Kernaufgabe des Sachgebiets besteht darin, durch präventives Handeln Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bereits im Vorfeld zu unterbinden. Zu diesem Zweck werden sicherheitsrechtliche Anordnungen für Einzelpersonen erlassen, bei denen die konkrete Gefahr besteht, dass sie Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten begehen oder Gefahren verursachen. Beispielsweise werden Betretungsverbote, Kontaktverbote, Mitführverbote für gefährliche Gegenstände u.ä. Anordnungen erlassen. Mit einem Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters an die jüdischen Einrichtungen wurde außerdem kommuniziert, dass das KVR, Sachgebiet Allgemeine Gefahrenabwehr als direkter Ansprechpartner für Sicherheitsthemen zur Verfügung steht. Hierbei beantwortet das KVR konkrete Einzelfragen zu verschiedensten Sicherheitsthemen oder prüft etwa auch komplexe Anfragen zu Bauvorhaben u.ä. Dabei ist es für das KVR entscheidend, frühzeitig über aktuelle Entwicklungen im Themenfeld politischer und religiöser Extremismus informiert zu sein. Aus diesem Grund erfolgt ein beständiger Austausch zwischen dem Sachgebiet Allgemeine Gefahrenabwehr, den staatlichen Sicherheitsbehörden und verschiedenen Dienststellen der Stadtverwaltung.

Die Versammlungsbehörde (KVR I/254) des Kreisverwaltungsreferates beobachtet das rechtsextremistische bzw. antisemitische Versammlungsgeschehen umfassend und wertet alle Erkenntnisquellen, insbesondere die verfügbaren Stellungnahmen der beteiligten Sicherheitsbehörden, wie der Polizei und des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, sorgfältig aus. Dabei erfolgt mit der Fachstelle für Demokratie und den Beauftragten gegen Rechtsextremismus der Bezirksausschüsse ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch.

Eine Versammlung kann nach dem Bayerischen Versammlungsgesetz insbesondere dann beschränkt oder verboten werden, wenn nach den zur Zeit des Erlasses der Verfügung erkennbaren Umständen die Versammlung an einem Tag oder Ort stattfinden soll, dem ein an die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft erinnernder Sinngehalt mit gewichtiger Symbolkraft zukommt, und durch sie die unmittelbare Gefahr einer erheblichen Verletzung grundlegender sozialer oder ethischer Anschauungen besteht. Unter Berücksichtigung der Bedeutung der Versammlungsfreiheit dürfen beim Erlass von weitergehenden versammlungsrechtlichen Beschränkungen (z.B. Verbot, zeitliche oder örtliche Verlegung, Einschränkung von Kundgebungsmitteln) jedoch keine zu geringen Anforderungen an die Gefahrenprognose gestellt werden. Bloße Verdachtsmomente und Vermutungen reichen für sich allein nicht aus. Weitergehende behördliche Beschränkungen sind (nur) dann verfassungsrechtlich unbedenklich, wenn sie ein aggressives und provokatives, die Bürger*innen einschüchterndes Verhalten der Versammlungsteilnehmer*innen verhindern sollen, durch das ein Klima der Gewaltdemonstration und potentieller Gewaltbereitschaft erzeugt wird. Gleiches gilt, wenn eine Versammlung sich durch ihr Gesamtgepräge mit den Riten und Symbolen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft identifiziert und durch Wachrufen der Schrecken des vergangenen totalitären und unmenschlichen Regimes andere Bürger*innen einschüchtern.

Unabhängig von der strafrechtlichen Relevanz dieses Verhaltens agiert die Versammlungsbehörde jedoch auch bei Vorstufen, also bei gegenüber einer Straftat niederschweligen ordnungsrechtlich relevanten Meinungskundgaben. Dies kann dann begründet sein, wenn die Art und Weise der Meinungskundgabe gegen die gesellschaftliche Anschauungen verstößt, die für das geordnete Zusammenleben auch einer pluralistischen Gesellschaft aus der Sicht von breiten Teilen ebendieser schlichtweg unerlässlich sind. Das Veranstaltungs- und Versammlungsbüro des Kreisverwaltungsreferates hatte daher bereits ab 30.05.2021 im Zusammenhang mit Anti-Corona Demonstrationen eine entsprechende Auflage verfügt und das Tragen von Bekleidung sowie das Verwenden von Kundgabemitteln mit Aufschriften bzw. Aufdrucken, die an den „Judenstern“ angelehnt sind oder diesen abbilden, und eine Verbindung zu der aktuellen Corona-Pandemie herstellen, wie z.B. das Zeigen eines gelben „Judenstern“ mit der Aufschrift „CoV-2“, „ungeimpft“, „impfen macht frei“, „Dr. Mengele“ oder „ZION“, untersagt, nachdem es zu relevanten Vorkommnissen im thematischen Zusammenhang kam.

Auch die Versammlungsbehörde geht Verdachtsfällen von antisemitischem Verhalten in jedem Fall nach. So wurden zum Beispiel mehrere Versammlungen im Zusammenhang mit dem 2021 wieder aufgeflammtten Nahostkonflikt im Außendienst von der Versammlungsbehörde begleitet. So wurde von der Versammlungsbehörde geklärt, ob angesichts zahlreicher antisemitischer Äußerungen bei Versammlungen im Zusammenhang mit dem jüngsten Nahostkonflikt einzelne antisemitische Abbildungen und Parolen verboten werden könnten, auch werden alle Versammlungsberichte der Polizei ausgewertet. So wurde die vorgenannte Untersagung, einen gelben „Judenstern“ zu zeigen, entsprechend erweitert, als bei Versammlungen Plakate mit KZ-Toren und der Überschrift „Impfen macht frei“ verwendet wurden.

Zur Hauptabteilung II – Bürgerangelegenheiten gehören das Standesamt, die Bürgerbüros, die Ausländerbehörde und die Kraftfahrzeugzulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde. Dies sind alles Behörden, zu denen die Münchner Bürger*innen in den unterschiedlichen Lebenslagen immer wieder Kontakt aufnehmen müssen. Die rund 1000 Mitarbeitenden stehen hier vor der Herausforderung für die jährlich 1,5 Mio. Kundenanliegen einen bestmöglichen Kundenservice zu bieten, aber dennoch die rechtlichen Vorgaben beachten zu müssen.

Die für die Mitarbeitenden angebotenen Fortbildungen und Maßnahmen tragen dazu bei, die Diversität im Arbeitsleben zu unterstützen, die interkulturelle und soziale Kompetenz der Mitarbeiter*innen zu stärken und dadurch kultureller und religiöser Vielfalt angemessen und in Kenntnis kultureller Unterschiede sowohl im Arbeits- als auch im privaten Umfeld begegnen zu können. Es findet eine gezielte Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Werten und kulturellen Orientierungen statt, durch die Vorurteile und Stereotypen durchbrochen werden sollen. Insbesondere werden Eigen- und Fremdbilder kritisch beleuchtet und Denkweisen offen gelegt ohne anzuprangern. Diskriminierenden Denkweisen jeglicher Ausprägung soll so entgegengewirkt werden. Bereits Tradition hat die Führung durch die Ohel-Jakob-Synagoge in München, die regelmäßig für neue Mitarbeiter*innen angeboten werden. Im Rahmen dieser Führung erhält man einen interessanten Einblick in jüdisches Leben in München und es ermöglicht unseren Respekt für die Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern auszudrücken.

Zivilgesellschaftliche Projekte in den Bereichen Recherche, Betroffenenberatung und Mobilisierung gegen Antisemitismus

Zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die sich mit antidemokratischen Inhalten auseinandersetzen, sind für die Landeshauptstadt München wichtige Partner*innen bei der Bekämpfung von Antisemitismus und der Unterstützung von Betroffenen. Durch die spezifische, fachliche Expertise der zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen werden verschiedene Facetten von Antisemitismus kontinuierlich analysiert und beobachtet, was es ermöglicht, aktuelle Entwicklungen einzuordnen und darauf zu reagieren, wie es beispielsweise mit der Virulenz antisemitischer Stereotype im Kontext der sog. Querdenker*innenbewegung der Fall war. Fünf der wesentlichen zivilgesellschaftlichen Partner*innen, die unterschiedlichen Bereiche von Recherche über Opferberatung bis zu zivilgesellschaftlicher Mobilisierung abdecken, stellen sich und ihre Schwerpunktsetzung hier in Kürze vor.

3.5.1

Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (firm)

<https://www.feierwerk.de/firm/>

Die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (firm) ist Anlaufstelle und Informationsdrehscheibe zu Fragen über extrem rechte Aktivitäten in München. Die firm beobachtet und dokumentiert aktuelle Entwicklungen in der regionalen extremen rechten Szene und angrenzenden Themenfeldern wie religiösem Fundamentalismus, Antifeminismus und Verschwörungsideologien. Sie informiert und unterstützt Einrichtungen, Initiativen und Projekte in München, um extrem rechten Aktivitäten Raum und Entfaltungsmöglichkeiten zu nehmen.

Unterschiedliche Formen von Antisemitismus treten in einigen der Recherechfelder der firm auf: In der neonazistischen extremen Rechten sind die Agitation gegen den Staat Israel und dessen Diffamierung ebenso wie das Verbreiten von antisemitischen Narrativen über die Gegenwart und revisionistischen Erzählungen über die Vergangenheit, ein wichtiger Baustein der politischen Aktivitäten. Auch in anderen Teilen der extremen Rechten dokumentiert die firm immer wieder bagatellisierende und relativierende Positionen zum Holocaust: Etwa wenn Akteur*innen die Bundesrepublik mit dem Dritten Reich gleichsetzen oder über einen angeblichen „Schuldskult“ in der Erinnerungskultur klagen. Im völkischen Konzept eines überzeitlichen Deutschlands, das eine zentrale Vorstellung der extremen Rechten auch in München darstellt, werden Jüdinnen und Juden nicht als Teil des nationalen Kollektivs sondern als „Fremde“ und damit letztlich als Antagonist*innen gedacht.

Auch in fundamentalistischen religiösen Kreisen finden sich antisemitische Erzählungen: Christliche Fundamentalist*innen, etwa aus dem rechtskatholischen Spektrum, schreiben damit eine lange Tradition religiös fundierter antijudaistischer Agitation fort. Auch die sogenannte „Lebensschutz“-Szene bedient antisemitische Narrative: So relativieren radikale Abtreibungsgegner*innen die Shoah, indem sie Schwangerschaftsabbrüche als „stillen Holocaust“ bezeichnen und sie mit dem millionenfachen Mord an den europäischen Jüdinnen und Juden gleichsetzen. Die antisemitischen Positionen islamischer Fundamentalist*innen beziehen sich häufig auf die Konflikte in Israel und Palästina und werden vermehrt verbreitet, wenn sich die Auseinandersetzungen zuspitzen. Vielen antisemitischen Narrativen, welche die firm in ihrer Arbeit dokumentiert, ist gemein, dass sie Verschwörungen erfinden, mit denen Juden*Jüdinnen angeblich die Geschicke der Welt kontrollieren. Ein Beispiel dafür sind Ausformungen der Verschwörungserzählung des sogenannten „Großen Austauschs“, in der sich rassistische, antisemitische und antifeministische Ressentiments vereinen. Quer durch alle Themenfelder nimmt Antisemitismus häufig diese Form an – eine Entwicklung, die sich im Rahmen der erhöhten Sichtbarkeit von Verschwörungsdenken in der Corona-Pandemie verstärkt hat. Die Aktivitäten von Verschwörungsideolog*innen, die etwa mit den Namen jüdischer Prominenter wie George Soros oder Edmond Rothschild als deutliche Hinweise jüdische Weltverschwörungen behaupten, haben zugenommen – zusätzlich verstärkt durch neue Strömungen wie Pandemieleugner*innen und Q-Anonymous.

Im Rahmen ihrer Recherche etwa bei Versammlungen und online dokumentiert die firm solche antisemitischen Aktivitäten. Die gesammelten Informationen stellt sie der Münchner Stadtgesellschaft unter anderem in Form von Vorträgen, Flugblättern, Gremien- und Netzwerkarbeit zur Verfügung. In Kooperation mit anderen Bündnispartner*innen wie dem a.i.d.a.-Archiv, BEFORE und RIAS dokumentiert die firm antisemitische Aktivitäten in München außerdem in der München-Chronik (www.muenchen-chronik.de).

<https://report-antisemitism.de/rias-bayern/>

Seitdem die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Bayern im Jahr 2019 ihre Arbeit aufgenommen hat, dokumentiert sie landesweit antisemitische Vorfälle. Der Landeshauptstadt München kommt dabei in der Arbeit von RIAS Bayern eine besondere Bedeutung zu, weil hier seit 2019 die meisten antisemitischen Vorfälle bekannt werden. Gründe sind Faktoren wie die hohe Bevölkerungsdichte und die besondere Bekanntheit der Meldestelle RIAS in München, die hier ihren Sitz hat. Auch finden hier besonders viele Versammlungen statt, auf denen RIAS antisemitische Inhalte dokumentieren musste. Dieses Monitoring bezieht sich auf Versammlungen und öffentliche Veranstaltungen, auf denen etwa aufgrund des politischen Milieus oder des Themas mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit antisemitische Aussagen nach RIAS-Kriterien getätigt werden. Diese Kriterien können auf der Internetseite von RIAS Bayern eingesehen werden. Das Monitoring wird in München in Kooperation mit anderen Stellen, etwa der Fachstelle für Demokratie und der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus in München (FIRM) durchgeführt.

Seit Beginn der Covid-19-Pandemie mussten beim Monitoring insbesondere auf den sogenannten „Coronademonstrationen“ eine Vielzahl antisemitischer Vorfälle dokumentiert werden. Gleiches gilt für die meist israelfeindlichen Versammlungen im Mai und Juni 2021. Viele davon haben die Eskalation des Terrors gegen Israel sowie die militärischen und polizeilichen israelischen Gegenmaßnahmen zum Anlass genommen, insbesondere israelbezogenen Antisemitismus, aber auch etwa solchen, der die Shoah relativiert, auf die Straße zu tragen. Antisemitismus äußert sich grundsätzlich auch lokal anlässlich von Ereignissen wie tatsächlichen oder vermeintlichen gesellschaftlichen Krisen, oder wenn Israel sich militärisch gegen Terror wehren muss, besonders stark. Weil mit solchen Situationen auch in Zukunft zu rechnen ist, ist es wichtig, dass die zivilgesellschaftlichen und politischen Institutionen sowie die Verwaltungs- und Sicherheitsinstitutionen (in) der Landeshauptstadt München, die mit Prävention, Dokumentation, Intervention, Repression und der Unterstützung von Betroffenen befasst sind, darauf eingestellt, wo nötig inhaltlich fortgebildet und entsprechend ausgestattet sind. So kann die Stadtgesellschaft als solche mit dem leider immer wieder zu erwartenden Aufflammen des Antisemitismus am besten umgehen und auch dem Antisemitismus, der jenseits solcher anlassbezogener Ereignisse ein dauerhaftes Alltagsphänomen darstellt, besser begegnen.

<https://www.before-muenchen.de/>

BEFORE e.V. wurde im Jahr 2014 gegründet und ist Trägerverein der Beratungsstelle BEFORE, die seit März 2016 Betroffene von Diskriminierung und rechter beziehungsweise gruppenbezogener menschenfeindlicher Gewalt in München berät. Unser Angebot richtet sich dabei sowohl an Betroffene, Angehörige und Freund*innen als auch Zeug*innen von Diskriminierung oder rechter Gewalt. Die Beratung erfolgt kostenlos, vertraulich, unabhängig von Behörden, mehrsprachig mit Unterstützung von Dolmetscher*innen und parteiisch für die Betroffenen.

Der Wirkung von antisemitischen Angriffen und Diskriminierungsformen zu begegnen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Im öffentlichen Raum ist ein solidarisches Handeln der Zivilgesellschaft für Betroffene von großer Tragweite. Städtische Stellen und Behörden sind im Umgang mit Antisemitismus dazu aufgefordert, schnelle Unterstützung für Betroffene zu leisten. Dies beginnt bei der Anerkennung einer Tat als antisemitisch, umfasst aber auch die Bereitstellung finanzieller Hilfen und die Sensibilisierung von Angestellten. Aus unserer Arbeit heraus wird deutlich, dass strukturelle Veränderungen auch in Behörden weiterhin notwendig bleiben. Konkrete Schritte wurden dabei auch von BEFORE in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Demokratie angestoßen, etwa die Ausarbeitung des „kleinen Opferschutzes“ mit der Polizei, Staatsanwaltschaft und Akteurinnen der jüdischen Gemeinde. Dieser weist unter anderem darauf hin, dass Betroffene bei einer Anzeigenerstattung nicht ihre Wohnadresse angeben müssen, sondern nach gegenseitiger Absprache auch die Adresse von Beratungsstellen angeben können.

Jenseits der konkreten Beratungspraxis arbeitet BEFORE auch auf der Ebene lokaler Interventionen. Die Teilnahme an Workshops und die punktuellen Angebote zur themenspezifischen Sensibilisierung sowie der Austausch mit städtischen und staatlichen Behörden bilden einen festen Bestandteil unserer Arbeit. So kann die Sichtbarkeit unseres Angebots für Betroffene erhöht und unsere Handlungsoptionen in der Beratungspraxis ausgebaut und gestärkt werden.

Entscheidend ist in all diesen Bereichen, dass wir die Perspektive von Betroffenen, ihre Erfahrungswerte und ihr Wissen weitervermitteln und dafür Sorge tragen, dass Betroffene auf Wunsch und mit unserer Unterstützung öffentlich Sprechen können – mit Medien, Regierungsverantwortlichen oder auch Akteur*innen der Zivilgesellschaft. Definitionen und Deutungen von Antisemitismus müssen die Perspektiven und das Wissen von Betroffenen beinhalten, um draus konsequente und kontinuierliche Handlungsschritte und Maßnahmen gegen antisemitischen Hass und Hetze ableiten und in der Stadt München weiter etablieren zu können.

<http://muenchen-ist-bunt.de/>

Der Verein „München ist bunt!“ e.V. sieht sich als eine zivilgesellschaftliche Initiative, die sich für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch Förderung einer verantwortungsbewussten und solidarischen Zivilgesellschaft einsetzt. Insbesondere im Bereich der Prävention des Antisemitismus ist der Verein sehr aktiv. Im Zusammenhang mit den zunehmenden antisemitischen Vorfällen im Zuge der Covid-19 Pandemie, veröffentlichte München ist bunt! im Januar eine Informationsbroschüre „Die Querdenker – eine rechte Gefahr?“. Der Verein ist zudem im aktiven Austausch mit der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern. Im Juni 2021 organisierte München ist bunt! eine große Kundgebung unter dem Motto „Gegen jeden Juden Hass – gemeinsam für jüdisches Leben in München!“ – im Zusammenhang mit dem bundesweit beobachteten Anstieg an jüdenfeindlichen Aggressionen. Zusammen mit einem überparteilichen Bündnis an Unterstützer*innen sowie den Redner*innen wie Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, der Generalkonsulin Israels Sandra Simovich und dem Kabarettisten Christian Springer hat München ist bunt! ein klares Zeichen gesetzt, dass Juden*Jüdinnen in dieser schweren Zeit nicht allein stehen.

<https://lbga-muenchen.org/>

Das Linke Bündnis gegen Antisemitismus München wurde im Juli 2017 von Vertreter*innen der Grünen Jugend München und der linksjugend [,solid] Basisgruppe München, den Jugendorganisationen der Parteien Bündnis 90/Die Grünen bzw. Die LINKE, gegründet. Anlass waren wiederholte Auseinandersetzungen mit Münchner Organisationen und Aktivist*innen, die dem antizionistischen Spektrum zuzuordnen sind und Sympathien für BDS hegen. Erklärtes Ziel war es von Anfang an, jegliche Ausdrucksform von Antisemitismus zu bekämpfen, handele es sich um rechten, christlichen, islamischen oder linken Antisemitismus – und dabei eine dezidiert linke (d. h. herrschafts- und gesellschaftskritische) Perspektive zu verfolgen. Bis heute wuchs das Bündnis um zwei weitere Organisationen (der Emanzipatorischen Linken München und der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken München) und öffnete sich auch für engagierte Einzelpersonen. Damit erweiterten sich auch Themen und Schwerpunkte der Bündnisarbeit: Neben BDS rückten die AfD und andere neue Rechte wie PEGIDA oder Querdenken in den Fokus der Kritik.

Das LGBA versucht, Antisemitismus primär über Öffentlichkeitsarbeit in Form von kritischen Kommentaren, offenen Briefen und öffentlichen Vorträgen anzugehen. Es werden mit wissenschaftlichem Anspruch Recherchen zu den verschiedenen Akteur*innen oder Veranstaltungen durchgeführt und die Ergebnisse in ausformulierten und um Belegstellen ergänzten Texten auf unserer Homepage (<https://lbga-muenchen.org/>) veröffentlicht. Darüber hinaus leistet es Pressearbeit, bspw. zu geplanten Auftritten antisemitischer Künstler*innen in München, um ein möglichst breites Publikum zu erreichen. Zusätzlich werden regelmäßig öffentliche Vorträge mit verschiedenen Expert*innen veranstaltet, um externen Stimmen Raum zu geben und das Wissen um Antisemitismus und seine Hintergründe zu vertiefen. Außerdem organisiert das Bündnis Proteste und beteiligt sich an Kundgebungen. Das LGBA hat bereits mit dem Verband Jüdischer Studierender in Bayern (VJSB), der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG), der Europäischen Janusz-Korczak-Akademie (EJKA) und der Amadeu-Antonio-Stiftung (AAS), die die Vortragsreihen finanziell unterstützt hat, zusammengearbeitet.

Handlungsempfehlungen

Die Zusammenstellung der verschiedenen Arbeitsansätze und Projekte in den einzelnen Handlungsfeldern soll dazu dienen, Transparenz herzustellen und den im Feld selbst handelnden Akteur*innen, ebenso wie interessierten Dritten, einen Überblick zu verschaffen. Darüber hinaus sollen so Hinweise für die weitere Verbesserung der Arbeit für die Prävention gegen Antisemitismus und Förderung der Vielfalt jüdischen Lebens in der Landeshauptstadt München generiert werden. Diese Hinweise sind im Folgenden stichpunktartig dargestellt.

1. Die Sichtbarkeit der Vielfalt jüdischen Lebens in München fördern

- > Mittels Öffentlichkeitsarbeit sollen die Vielfalt und das Wirken jüdischen Lebens in München sichtbar gemacht werden – beispielsweise durch eine Informationsbroschüre oder Kampagne, die durch die Fachstelle für Demokratie in städtischen Ämtern mit viel Bürger*innenkontakt und in der Öffentlichkeit initiiert wird. Weitere öffentlichkeitswirksame Beispiele für die Sichtbarkeit jüdischen Lebens in München sind die Beflaggung an jüdischen Feiertagen von Gebäuden der LHM, dem Feiern jüdischer Feiertage an öffentlichen Plätzen (nicht nur am St.-Jakobs-Platz), sondern in verschiedenen Stadtbezirken oder die Thematisierung von jüdischem Leben in München in Wochenzeitungen in den Stadtteilen
- > Jüdische Gemeinden und Einrichtungen betonen, dass eine vielfältige Belegschaft in Institutionen wie Verwaltung, Stadtpolitik und Justiz in deren Funktion als Spiegelbild der Gesellschaft sich positiv auf die Repräsentanz aller Bevölkerungsgruppen und Identifikation mit der Gesellschaft auswirken würden. Dazu gehört auch, jüdische Menschen intensiver für Positionen oder die Ausbildung in der Münchner Stadtverwaltung zu gewinnen. Interne Grüße an städtische Mitarbeitende könnten bspw. nicht nur an christlichen Feiertagen (Weihnachten) verschickt werden, sondern u.a. auch an jüdischen Feiertagen, um alle Mitarbeitenden anzusprechen. Wünschenswert wären Gespräche zwischen dem Personal- und Organisationsreferat, den jüdischen Gemeinden und Einrichtungen und der Fachstelle für Demokratie, um dieses Ziel zu realisieren.
- > Insgesamt zeigt sich ein großes Bemühen, der Entstehung von Antisemitismus präventiv zu begegnen. Deutlich seltener scheint im Bildungsbereich ein Fokus auf der Vermittlung von jüdischem Leben in München als Normalität und Teil des Alltags zu liegen. Hier könnten Bildungsträger künftig einen Schwerpunkt setzen beispielsweise indem jüdische Feiertage in Einrichtungen ebenso begangen werden wie christliche.

2. Öffentliches Problembewusstsein schärfen

Nicht nur Verwaltungsintern, bei Akteur*innen der Politischen Bildungsarbeit oder den Sicherheitsbehörden braucht es eine Sensibilisierung für Facetten von Antisemitismus. Alle Münchner*innen sollten die Gelegenheit erhalten, sich über Antisemitismus zu informieren und die eigene Haltung selbstkritisch zu hinterfragen. So könnte die Fachstelle für Demokratie den Auftrag als zentrale Ansprechpartnerin in der Verwaltung künftig den Auftrag erhalten, die Teilnahme der Landeshauptstadt München an den Aktionswochen gegen Antisemitismus, die von der Amadeu Antonio Stiftung und dem Anne Frank Zentrum koordiniert werden, sicherzustellen und dieses Thema stärker in der Öffentlichkeit zu verankern.

3. Aktionsfonds gegen Antisemitismus

- > Um die Realisierung von Handlungsmöglichkeiten zu fördern benötigt es die Bereitstellung finanzieller Ressourcen. Es könnte ein Fonds eingerichtet werden für die Förderung von kulturellen, pädagogischen, Dialog- und Sportprojekten, die sich aktiv gegen Antisemitismus und für die Vielfalt jüdischen Lebens einsetzen.
- > Der Empowerment Ansatz bzw. Empowerment-Workshops bieten die Möglichkeit für von Antisemitismus Betroffene, individuelle Diskriminierungserfahrungen in kollektive Selbstermächtigung umzuwandeln. So können sich Juden*Jüdinnen in einem geschützten Rahmen über Erfahrungen mit Antisemitismus und Strategien mit diesen umzugehen austauschen. Aus Mitteln des Aktionsfonds gegen Antisemitismus könnten Maßnahmen, die Empowerment fördern, für die in München lebenden Juden*Jüdinnen ermöglicht werden.
- > In den Gesprächen mit den in München lebenden Juden*Jüdinnen wurde betont, dass es zusätzlich zu einer Bereitstellung finanzieller Ressourcen für die Realisierung von Handlungsmöglichkeiten auch ideelle Unterstützung benötigt. Es wurde der Wunsch geäußert, dass die Vergabe von finanziellen Mitteln und ideeller Unterstützung von einer Stelle organisiert wird, die sowohl mit verwaltungsinternen Strukturen vertraut ist sowie im engen Austausch mit den jüdischen Gemeinden und Einrichtungen steht, um eine willkürliche Vergabe zu vermeiden.

4. Studie zu Antisemitismus und jüdischem Leben in der Landeshauptstadt München

Bislang gibt es keine spezifische Studie zum Thema Antisemitismus und jüdischem Leben in München. Sinnvoll könnte es daher sein, in den kommenden Jahren eine spezifische Studie zu Antisemitismus und jüdischem Leben in München aufzulegen, in der insbesondere auch die Betroffenenperspektive Berücksichtigung findet und nicht nur Antisemitismus in extrem rechten Milieus analysiert wird. Durch die aktive Beteiligung von in München lebenden Juden*Jüdinnen und den Fokus auf die Perspektive von Antisemitismus Betroffenen kann die Studie eine weitere Möglichkeit des Empowerments darstellen. Zudem sollte geklärt werden, inwieweit bereits vorhandene, stadtweite Befragungstools (z.B. Bevölkerungsbefragung, Schulklimabefragung, Elternbefragung) genutzt werden können, um punktuell vertiefte Erkenntnisse zum Thema Antisemitismus in den jeweiligen Arbeitsfeldern zu erlangen.

5. Fortbildungen zu Antisemitismusprävention und der Vielfalt jüdischen Lebens in allen Handlungsfeldern fördern

- > Unter anderem im Bildungsbereich aber beispielsweise auch im Bereich Sicherheit und Justiz werden einige Fortbildungen (auch) zum Thema „Antisemitismus“ angeboten. Sinnvoll wäre es, die Inhalte dieser Angebote nach Möglichkeit mit Vertreter*innen jüdischer Gemeinden oder Organisationen oder Institutionen, die sich schwerpunktmäßig mit Antisemitismus auseinandersetzen (bspw. RIAS Bayern) zu reflektieren und unter deren Einbeziehung weiterzuentwickeln.
- > Hierfür ist eine intensive Vernetzung von jüdischen und nicht-jüdischen Bildungsträger*innen aber bspw. auch Sportakteur*innen zum Thema Antisemitismus notwendig. Im Bereich „Bildung und Jugend“ zeigt sich, dass es sowohl Angebote als auch Nachfrage nach Bildungsformaten zum Thema „Antisemitismus“ gibt. Wünschenswert wäre hier eine noch intensivere Vernetzung von Angebot und Nachfrage der Öffentlichkeit zu verankern.

6. Kontinuierliche Aufgabe – Kampf gegen Antisemitismus

Es bleibt abschließend die Handlungsempfehlung zu erläutern, den Kampf gegen Antisemitismus für alle beteiligten Akteur*innen der Politik, Justiz, Verwaltung und Zivilgesellschaft als kontinuierliche Aufgabe zu sehen. Wie bereits in der Einleitung beschrieben wurde, handelt es sich bei dem vorliegenden ersten Aktionsplan gegen Antisemitismus der Landeshauptstadt München um ein lebendes Konzept. Unter der Federführung der Fachstelle für Demokratie wird eine Fortführung und Weiterentwicklung des Konzepts und damit eine Neuauflage in den nächsten Jahren angestrebt. Hierfür wird die Fachstelle zudem in einem anhaltenden und regelmäßigen Austausch mit den jüdischen Gemeinden und Einrichtungen bleiben, um einerseits Entwicklungen zu reflektieren und andererseits eine klare Ansprechbarkeit innerhalb der Verwaltung für Fragen und Bedürfnisse zu gewähren.

